

# **b** unabhängige **auernstimme**



Ackerland ist ein begehrtes Spekulationsobjekt geworden, besonders in Ostdeutschland. Die Strukturentwicklung dort ist nicht zufällig und begünstigt Landgrabbing.



Geflügelhaltung für den LEH findet fast ausschließlich von konventionellen Playern in großen Strukturen statt. Das geht selten ohne Antibiotika.



Die Bohnen des Booms sind gedroschen, wohin gehen nun all die Leguminosen von den Greening-Flächen dieses Jahr? Und rechnet sich das Ganze?

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Kleensang

## Wertigkeit schaffen



**Die Seite 3**

Schlecht für Gesundheit und bäuerliche Landwirtschaft . . . . . 3



**Agrarpolitik**

Weder Zu- noch Unfälle im Osten auf dem Land . . . . . 4

Ökolandbau ist für Idealisten . . . . . 5



**Märkte**

Leguminosenanbau lohnt sich . . . . . 6

Sich auf mehr Körnerleguminosen einstellen . . . . . 7



**Bewegung**

Es geht los! . . . . . 8

Für die Vision eines sozialistischen Zukunftsprojektes. . . . . 10

Landwirt im Nebenberuf. . . . . 17



**Schwerpunkt**

Nicht zu diesem Preis. . . . . 11

Gemeinsam etwas Bewegen . . . . . 12

Die Initiative ergreifen . . . . . 12

"Wo ist das Leitbild?" . . . . . 13

"Fünf Prozent weniger ist kein Problem" . . . . . 14



**Weitere Themen**

Zu Besuch bei Karin Eckeï und Johanne und Christoph Erchinger, Seite 9; Aus fernen Ländern, Seite 20; Landleben, Seite 19; Lesen und Schauen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



# Runter vom Überschuss!

**A**uf vielen Höfen ist die existenzbedrohende Situation durch die extrem niedrigen Milcherzeugerpreise tagtägliche Realität, nun mündet sie bundesweit in Aktivität in Form sichtbaren Protests. Jetzt sind die Milchbauern wieder auf der Straße. Der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) organisiert Treckerfahrten aus ganz Deutschland. Auch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fahren mit oder unterstützen die Fahrerinnen und Fahrer auf der Reise zur Demo in München.

Runter vom Milchüberschuss ist eine zentrale Forderung und jeder kann und sollte seinen Teil dazu beitragen! Jetzt ist die Solidarität unter den Bäuerinnen und Bauern gefragt. Der BDM hat ein Kriseninstrument für diese Situation ausformuliert. Dazu hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft die Forderung in die Debatte gebracht, die Superabgabe als Bonuszahlung für diejenigen einzusetzen, die sich verpflichten weniger Milch abzuliefern.

Dass die Menge runter muss, sagen im Moment viele, auch Molkereivertreter oder Politiker. Aber sie meinen damit etwas ganz anderes als über eine Reduktion der Produktionsmenge Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen und so einen fairen Preis zu erzielen. Sie hängen nach wie vor der Ideologie an, die Menge hoch zu halten und die Überschüsse durch ein „Ankurbeln“ der Exportmärkte abfließen zu lassen. Dabei wird schon jetzt munter exportiert, nur eben zu ruinösen Preisen. Auch der Bauernverband predigt den Markt, Präsident Schwarz aus Schleswig-Holstein fordert die Bauern und Bäuerinnen sogar auf, jetzt noch mehr Menge zu melken. Es ist die alte Idee, dass jeder einfach nur mehr und besser sein muss als sein Nachbar und dann wird es schon laufen. Dann wird man schon der sein, der am Ende übrig bleibt. Dass dabei auch Viele gehen müssen, wird bewusst ausgeblendet. Auch vergessen wird, dass, wenn Bauern zu billigen Rohstofflieferanten gemacht werden, dies auf Kosten von Tiergesundheit und Umwelt geht. Die Botschaft dieser Milchkrise ist, dass Gewinnmaximierung und Spezialisierung um jeden Preis in die Sackgasse führt. Überwunden werden kann sie nur gemeinsam, indem die Politik und die Molkereien unter Druck gesetzt werden, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Aber auch die Bäuerinnen und Bauern sind in der Pflicht. Sie müssen ihre Marktposition durch solidarisches Handeln untereinander und gegenüber den Molkereien stärken. Auf den Höfen liegt die Verantwortung in einer Produktion, die Mensch, Tier und Umwelt schützt. Diese wahrzunehmen, bedeutet nicht auf Massen- und Billigproduktion zu setzen sondern Qualitätsmärkte zu schaffen. Und was für die Milch gilt, gilt auch für Rinder, Schweine, Geflügel, aber auch Kartoffeln und Weizen. Dabei haben wir die Gesellschaft auf unserer Seite, sie will Kühe auf der Weide, Schweine im Stroh, kein totgespritztes Getreide - Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

*Marcus Nürnberger,*

*Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme*

## Zum Titel und zur letzten Seite

Den Milchbauern steht die Milchmenge bis zum Hals, da kann auch keine Verwertung a la Cleopatra helfen. Sie macht aber aufmerksam auf die Misere bei einer Aktion der Bauern und Bäuerinnen vor dem Genossenschaftsverband in Neumünster in Schleswig-Holstein. Auch an vielen anderen Orten machen Bauern und Bäuerinnen auf die existenzbedrohende Situation aufmerksam. Henning Schulte und Monika Habbenha auf der Seite 24 links mitte stehen exemplarisch für viele: Sie fahren von ihren Höfen in Ostfriesland mit Treckern bis nach München.



# Schlecht für Gesundheit und bäuerliche Landwirtschaft

Die Europäische Union plant eine Tierarzneimittelverordnung

Zu den Merkmalen der industriellen Tierhaltung gehört, dass die Tiere an den Produktionsprozess angepasst werden und nicht umgekehrt. Das ist für die Tiere ein großer gesundheitlicher Stress. Entgegen den Behauptungen von Industrie, Bauernverband und mancher Behörden über die Segnungen der „modernen Tierhaltung“ lässt sich dieser Stress nicht vollständig durch Hygienemaßnahmen ausgleichen. Medikamente gehören zur industriellen Tierhaltung wie Leguminosen zum Ökolandbau – es geht nicht wirklich ohne sie.

Der Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung ist heute besorgniserregend hoch. Nach einem Allzeithoch 2011 mit über 1.700 Tonnen Antibiotika in deutschen Ställen ist die Menge zwar zurückgegangen. Doch dafür werden vermehrt Wirkstoffe wie Fluorchinolone oder neue Cephalosporine an Tiere vergeben, die von der Weltgesundheitsorganisation als „Wirkstoffe mit besonderer Bedeutung für die Therapie beim Menschen“ eingestuft werden. Die riesigen Mengen sowie der Einsatz von Antibiotika zur Prophylaxe und Metaphylaxe und der Rückgriff auf Reserveantibiotika machen die industrielle Tierhaltung zu einer wichtigen Quelle für multiresistente Keime. Diese Bakterien, gegen die kein Antibiotikum mehr hilft, machen einfache Infektionen zu lebensgefährlichen Krankheiten. Sie kommen vermehrt in Regionen mit hoher Tierdichte vor. LandwirtInnen bilden eine Risikogruppe, die besonders oft multiresistenten Keimen ausgesetzt ist. Doch diese vermehren sich auch außerhalb der Ställe und können so jedeN treffen. Es ist deshalb dringend notwendig, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren. Doch eine effektive Regulierung, die den Antibiotikaeinsatz einschränkt, ist bisher nicht geplant.

## Brüssel will regeln

Nun hat sich auch die EU-Kommission in Brüssel des Themas angenommen. Da Tiere, tierische Produkte und sogar Gülle im europäischen Binnenmarkt grenzüberschreitend gehandelt werden, ist es sinnvoll, die Zulassung und den Einsatz von Tierarzneimitteln auf europäischer Ebene zu regeln. Doch die Kommission möchte die Verfügbarkeit von Tierarzneimitteln verbessern und den Vertrieb erleichtern. Mehr und nicht weniger Medikamente

im Stall sind das explizite Ziel ihrer Verordnungsvorschläge.

Dennoch schreibt sich die Kommission auch die Eindämmung der Antibiotikaresistenzen auf die Fahne. So möchte sie Wirkstoffe benennen, die der Behandlung von Menschen vorbehalten sind. Neue Tierarzneimittel mit diesen Wirkstoffen könnten dann nicht mehr zugelassen werden. Ein Mechanismus, mit dem Produkte verboten werden, die Reserveantibiotika enthalten und bereits auf dem Markt sind, ist jedoch nicht geplant – ein zahnloses Instrument gegen ein immer größeres Problem. Zudem plant die Kommission, Zulassungsverfahren zu vereinfachen, den Verkauf von Tierarzneimitteln im Internet zu erlauben und die Kontrolle der Verbreitung von Wirkstoffen und Nebenwirkungen vor allem den Firmen zu überlassen, die die Mittel herstellen. Die Befristung der Zulassung auf bisher fünf Jahre soll abgeschafft werden. Mehrere Paragraphen beschäftigen sich mit Ausnahmen, die die Verabreichung von nicht für die behandelten Tiere zugelassenen Arzneimitteln erlauben. Dadurch werden Schlupflöcher für fin-

dige schwarze Schafe in der Veterinärmedizin geschaffen mit der Option, mit ausreichender Begründung alles verabreichen und verkaufen zu können, was sie wollen.

## Geschäftsmodell Agrarindustrie

Die Liberalisierung bei Tierarzneimitteln festigt das Geschäftsmodell der Agrarindustrie, das auf billige Produktion setzt, indem die Kosten der Gesellschaft auferlegt werden. Sie vergrößert den regulatorischen Abstand, insbesondere zwischen Bio-Betrieben und den Betrieben, die die Regeln an der unteren Grenze ausreizen. Einfacher ausgedrückt: Je doller es die Agrarindustrie treiben kann, umso größer der Preisdruck auf die bäuerlichen und ökologischen Betriebe. Dabei liegen einige Ansätze für eine sinnvolle Regulierung auf der Hand: Reserveantibiotika, die für die Behandlung von Menschen eine besondere Bedeutung haben, sollten nicht in Ställen eingesetzt werden. Tiere, die nicht krank sind, sollten auch keine Medikamente bekommen. Damit es keine wirtschaftlichen Anreize für TierärztInnen gibt, so viel wie möglich zu verschreiben,

muss der Vertrieb der Arzneimittel von der Behandlung der Tiere getrennt werden. Doch die eigentliche Lösung liegt nicht in der Regulierung von Medikamenten, sondern bei der Tierhaltung; Haltungsformen, die notwendigerweise krank machen, sollte es nicht geben.

Nun liegt es am Europäischen Parlament, das diesen Herbst seine Position zu den Vorschlägen der Kommission festlegen wird. Der Entwurf der konservativen Berichterstatterin Françoise Grossetête hat vor allem die Interessen der Pharmaindustrie beim Zulassungsverfahren im Blick. Es gibt jedoch auch einige vielversprechende Änderungsanträge. Das Ergebnis hängt nicht zuletzt davon ab, wie viel öffentliche Aufmerksamkeit das Thema bekommt und wie viel Druck die Zivilgesellschaft aufbauen kann.

Karl Bär,

Referent für Agrar- und Handelspolitik  
beim Umweltinstitut München e. V.



Der politische Umgang mit Antibiotika in der Tierhaltung als OP am offenen Hähnchen

Foto: www.JenaFoto24.de/pixelio

# Weder Zu- noch Unfälle im Osten auf dem Land

Ostdeutschlands Agrarpolitik förderte und fördert gezielt ungerechte Eigentumsverteilung und macht Landgrabbing erst möglich

Ironie der Geschichte sei es, sagt Wolfgang Horstmann, dass ausgerechnet in den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, in denen der Verkauf von staatseigenen Flächen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) besonders stringent durchgezogen wurde, nun der Aufkauf großer Agrarbetriebe durch außerlandwirtschaftliche Investoren besonders ausgeprägt stattfindet. Er muss es wissen, war er doch von 1990 bis 2011 Geschäftsführer der BVVG. Gerade erst warnten die Länderagrarminister unter Federführung von Mecklenburg-Vorpommerns Till Backhaus (SPD) in einem Brief an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor den negativen Auswirkungen dieses Agrar-Ausverkaufs in Ostdeutschland für das Gemeinwohl. Es könnte der Eindruck entstehen, hier geschähen Dinge, denen Gesellschaft und Politik macht- und fassungslos gegenüberstehen und standen.

## Alle wollten

Die Geschichte mag ironisch sein oder nicht, aber sie ist genau so von den Horstmanns und Backhausens geschrieben worden. Bemerkenswerterweise lässt der ehemalige BVVG-Geschäftsführer mit dem Blick zurück nun zumindest einen Hauch von Selbstkritik wehen. In einem aktuellen Interview wird er mit dem Satz zitiert, es sei „ein entscheidender Fehler gewesen, den Pächtern von BVVG-Flächen in den ab Januar 2007 geltenden Privatisierungsgrundsätzen die Möglichkeit einzuräumen, bis zu 450 Hektar direkt zum Verkehrswert zu erwerben“. Im Ergebnis seien fast genauso viel Flächen noch einmal zum Verkehrswert direkt an die Pächter verkauft worden wie vorher auf gesetzlicher Grundlage zu dem begünstigten Preis. Damit habe man zum einen die Agrarstruktur weiter verfestigt. Zum anderen wurde, so Horstmann, dadurch einer ungerechten Vermögensverteilung Vorschub geleistet. Die profitierenden Pächter waren in den meisten Fällen LPG-Nachfolgebetriebe. Es wäre allerdings Augenwischerei zu glauben, die Schieflagen und Ungerechtigkeiten hätten erstmals 2007 stattgefunden und Horstmann müsste ehrlicherweise mit seiner kritischen Rückschau schon früher einsetzen. Schon Anfang der neunziger Jahre des endenden vorigen Jahrtausends, direkt nach dem Ende der DDR, steuerten Politiker und einflussreiche Verbandsvertreter ausschließlich Maßnahmen so, dass sie die vorhandene Agrarstruktur in Ostdeutsch-

land – die durch die Zwangskollektivierung entstandenen Großbetriebe – erhielten. Begründet wurde das immer mit dem Erhalt wirtschaftender Betriebe gerade auf dem Land. 2002 sagte Horstmann, damals noch bei der BVVG in Amt und Würden, der Berliner Zeitung, man habe in den ersten Jahren Ackerflächen fast komplett mit der Option auf den späteren Erwerb verpachtet, weil man den ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erst einmal die Chance geben wollte, in der Marktwirtschaft Fuß zu fassen. Rund 80 Prozent der Verpächter hätten dann von dem Recht Gebrauch gemacht, bis 2001 einen Kaufantrag zu stellen, um bis 2008 einen Teil der Flächen zum halben Verkehrswert zu kaufen. Hätte man gleich verkauft, so hat es Horstmann damals gesagt, wären die LPG-Nachfolger kaum zum Zuge gekommen. „Es ist unstrittig, dass Agrarbetriebe mit Flächen von 400 bis 1.500 Hektar profitabler arbeiten können als solche mit rund 45 Hektar Fläche“, sagte auch Horstmann damals der Leipziger Volkszeitung.

## Theoretisch für alle

Mit so einer Haltung nicht nur bei ihm wird klar, warum andersherum kaum jemand außer den LPG-Nachfolgern zum Zuge kam. Das entsprechende Gesetz, das Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG), sah vor, dass nur Pächter mit einem mindestens sechsjährigen Pachtvertrag mit der BVVG sowie ausschließlich Alteigentümer ohne einen Pachtvertrag vergünstigt kaufen konnten. Letzteres war ein Zugeständnis an die Verlierer der Bodenreform. Zwar sind im EALG auch Neu- und Wiedereinrichter als möglicherweise Kaufberechtigte genannt, auf sie traf aber – siehe Horstmanns Aussagen – kaum die kaufberechtigende Bedingung zu, im Besitz eines langfristigen Pachtvertrags mit der BVVG zu sein. Hinzu kam, dass zusätzlich eine Ortsansässigkeit vorgeschrieben war, über die sich 1998 die EU-Kommission aus Wettbewerbsgründen beschwerte. Die Bundesregierung reagierte mit einer Gesetzesänderung im Jahr 2000, in der die Ortsansässigkeit kassiert wurde und auf die Kritik der EU-Kommission, Verkaufspreise zur Hälfte unterhalb des Verkehrswertes seien unlautere Beihilfen, durch eine Verringerung des Abschlags vom Verkehrswert auf 35 Prozent. Der aufgrund der Streitigkeiten mit Brüssel ausgesetzte Landverkauf lief wieder an, zuvor gestellte Anträge behielten ihre Gültigkeit,



Es war nicht alles Fortschritt in der Landwirtschaft der DDR

Foto: Sturm/pixelio

es standen noch rund eine Million Hektar Acker- und Grünland zum begünstigten Verkauf zur Verfügung. Als dann 2008 die Modalitäten des begünstigten Verkaufs auslaufen drohten, wurde der Winkelzug mit den 450 Hektar, die Pächter zum Verkehrswert kaufen konnten angebracht. 2008 präsentierte Wolfgang Horstmann folgende Powerpointaussagen: „75 % der BVVG-Fläche kann direkt an derzeitige Pächter verkauft werden; nur bis zu 2 % der LF in NBL wird im Ergebnis von Ausschreibungen der BVVG ggf. neu verteilt; Auswirkungen der BVVG-Privatisierungen auf Flächenausstattung der Betriebe und Struktur der Landwirtschaft deshalb sehr gering; Anteil der BVVG-Verkäufe an Gesamtverkaufsfläche in den letzten Jahren sehr hoch; Marktgeschehen wird von BVVG-Verkäufen beeinflusst.“

## Verklärte Genossen

Der ehemalige Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium von Renate Künast, Gerald Thalheim (SPD), sagt heute, es sei um starke Agrarbetriebe gegangen, in Genossenschaften um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Von den echten Genossenschaften gibt es heute noch fünf bis zehn Prozent, schätzt Jörg Gerke, AbL-Bauer in Mecklenburg-Vorpommern und Autor zur ostdeutschen Bodenpolitik, alles andere sind Aktiengesellschaften und GmbHs. Durch die Begünstigungen in Vergangenheit und Gegenwart und auch durch rechtswidrige Preisabsprachen zwischen den Flächenkäufern, die das Thünen-Institut beschreibt, entstanden jene „Objekte der Begierde“ für die außerlandwirtschaftlichen Investoren. Unter wirtschaftlichen wie auch unter dem Aspekt der Vertei-

lungsgerechtigkeit sei die erstmalige langfristige Verpachtung im Ergebnis nicht sehr überzeugend, sagt Wolfgang Horstmann heute. Dass es nicht zu spät wäre, korrigierend tätig zu werden, sagt er nicht. Eine breitere Eigentumsstreuung und vor allem eine breitere Streuung des Bewirtschaftungseigentums wäre, so Gerke, möglich, wenn beispielsweise Pachtverträge gekündigt und so neu vergeben würden, dass nun auch alle anderen zum Zuge kämen, die all die Jahre benachteiligt wurden. Wenn der Staat es denn wollen würde, könnte er eingreifen und korrigieren. Finanzielle Unterstützung für Neueinsteiger, geknüpft an die Auflage einer eigenen Bewirtschaftung, keine Scheingerechtigkeit durch Veränderungen bei dem nach wie vor geringen Anteil der öffentlichen Ausschreibungen, sondern eine Umverteilung des Landes, auf das bislang nur Privilegierte eine Chance hatten. Was allerdings passiert, wenn Politiker es wagen, nur schon zaghafte Versuche zu mehr Transparenz zu unternehmen, musste Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aeikens (CDU) gerade erfahren. Sein Agrarstrukturgesetz torpedierte die Lobby des Bauernverbandes, weil große Agrarbetriebe Anteilsübertragungen hätten öffentlich machen sollen. Wolfgang Horstmann darf auch nicht öffentlich machen, was er in seiner Zeit als BVVG-Chef erlebt hat, Bundesfinanz- wie auch Bundeslandwirtschaftsministerium haben es ihm untersagt. Wer will da glauben, dass dem politischen Beweinen der finanztaktischen und agrarindustriellen Entwicklungen in der ostdeutschen Landwirtschaft eine Hinwendung zu bäuerlichen Strukturen folgt? cs



# Ökolandbau ist für Idealisten

Seit Jahren geringe Umstellungszahlen trotz wachsendem Konsumentenmarkt

**G**anz so schlimm, wie zwischenzeitlich befürchtet, war es dann doch nicht. Immerhin kann der Ökolandbau 2014 doch noch einen Zuwachs von 0,3 % an bewirtschafteter Fläche verbuchen. Es bleibt allerdings, auch trotz der Beteuerungen der Vertreter des Ökolandbaus, 2015 werde da positiver ausfallen, bei einer weiter klaffenden Schere zwischen dem wachsenden Markt für Ökoprodukte (inzwischen 7 % Anteil am Lebensmittelmarkt) und dem nun schon seit Jahren kaum ansteigenden Anteil von 6 % bewirtschafteter Biofläche in Deutschland. In Dänemark sind die Zahlen ähnlich, wobei die Schere schärfer auseinander geht – die Biofläche sinkt, während der Konsumentenmarkt wächst. Warum ist es in einer Gesellschaft mit wachsender Bereitschaft, mehr Geld für ökologisch erzeugte Lebensmittel auszugeben, in einer Gesellschaft mit einer wachsenden kritischen Auseinandersetzung über die negativen Aspekte einer industriellen Landwirtschaft nicht lukrativ, seinen Hof auf eine ökologische Wirtschaftsweise umzustellen? Immer schon bedurfte es neben der Überzeugung für die Sache auch einer wirtschaftlichen Perspektive. Über den Rückgang politisch sozialisierter Weltbeweger in der jungen Generation kann man sich streiten, über die Verschlechterungen der wirtschaftlichen Perspektiven für Ökoerzeugnisse sicher nicht. Wenngleich die Frage der Gründe dafür schon wieder unterschiedlich beantwortet wird. Verbandsvertreter des Ökolandbaus sehen vor allem die gestiegenen Pachtpreise, mangelnde Förderung und vergleichsweise gute Preise für konventionelle Produkte in den vergangenen Jahren. Nicht so gerne thematisiert wird der Preisverfall und die abnehmende Partnermoral zwischen Erzeugern und Verarbeitern, gerne auch durch den Druck aus dem Ausland. In Rumänien und Estland beispielsweise haben die Zuwachs-

raten in Sachen Ökoflächen in den vergangenen Jahren die kühnsten Prognosen überschritten. In Estland wurde das 2006 gesteckte Ziel, 2013 120.000 ha ökologisch zu bewirtschaften – das sind 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche – bereits 2010 mehr als erfüllt. In Rumänien beliefen sich die Bioexporte 2010 auf 150 Mio. Euro. Jeder fünfte in einer Studie befragte Rumäne hält Bio für nicht mehr als eine clevere Marketingstrategie, der Anteil am Gesamtinlandsmarkt für Lebensmittel liegt gerade mal bei 0,5 %. Kontrollstellen bemängeln zum Teil den nicht vorhandenen Systemansatz von Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft in solchen Bioboombauländern. Angeregt wird eine Umstellung auch von deutschen Bioverarbeitern, deren vordringliche Firmenleitlinie der Einkauf günstiger Rohstoffe ist und die damit die unter Druck setzen, die nach wie vor auf andere Wertmaßstäbe wie Regionalität, stabile Handelsbeziehungen, transparente Strukturen setzen. Bei ihnen kaufen aber nicht vorzugsweise der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel oder gar deren Discounter, auch sie gehen hauptsächlich über den Preis. Deshalb kann die Hamburger Morgenpost gerade über Bioproduktpreise berichten, die unter denen für konventionelle Markenprodukte liegen. Die sind nur noch erzeugbar in rationalisierten Strukturen, in Deutschland wie im Ausland. Und wenn jetzt das größte deutsche Biosupermarktunternehmen dennree in einen 4.000-Hektar-Agrarbetrieb in Sachsen einsteigt, ist das auch ein Zeichen der Zeit. Getreide, Möhren, Äpfel – Massenerzeugnisse für zunehmend anonyme Kanäle – können kaum noch kostendeckend in bäuerlichen Strukturen erzeugt werden. Sie kommen zudem zu 15 % (Getreide) und 25 % (Möhren, Äpfel) aus dem Ausland. Wer da noch umstellt, muss doch wieder ganz schön idealistisch sein. cs



Eigentlich könnte alles hier von hier sein...

Foto: Stephan/BLE

## Wettbewerbsnachteil Tierwohl?

Das Thünen-Institut berichtet über einen weltweiten Vergleich, in dem die Kosten ermittelt wurden, die in den jeweiligen Ländern durch Vorschriften für Umwelt, Tierwohl und Lebensmittelsicherheit bei bestimmten Produkten entstehen. Demnach sind diese auf-lagenbedingten Mehrkosten insgesamt relativ niedrig, betragen zumeist weniger als fünf Prozent der Gesamtkosten und gehen in keinem Fall über zehn Prozent der Vollkosten hinaus. Insgesamt seien die EU-Landwirte etwas stärker belastet als ihre Mitbewerber aus anderen Erdteilen. Bei den Tierschutzaufgaben gibt es in der EU vor allem bei der Geflügel- und Schweineerzeugung auf-lagenbedingte Kosten. Bei Umweltauflagen verursacht die Nitratrichlinie die relativ höchsten Kosten, bei der Lebensmittelsicherheit die Lagerungs- und Ausbringungsvorschriften bei Pflanzenschutzmitteln sowie die Dokumentation der Nachverfolgbarkeit tierischer Erzeugnisse. Ungleich größer als die auf-lagenverursachten Kosten sind die Unterschiede bei den generellen Kosten der verschiedenen Standorte. Bei manchen Produkten in der EU sind diese mehr als 100 % höher als bei überseeischen Konkurrenzstandorten – Haupt-ursache sind die hier höheren Preisniveaus für Arbeit, Boden und Betriebsmittel. en

## Schottland will Opt-out nutzen

Entgegen der gentechnikfreundlichen britischen Regierung hat Schottland angekündigt, in Kürze die in diesem Jahr von der EU beschlossene Möglichkeit, den Anbau von Gentechnikpflanzen zu verbieten, anzuwenden. Neben der GV-Maissorte MON810, die sich in der Wiedertzulassung befindet, soll auch der Anbau sechs weiterer GV-Sorten verboten werden. Schottland will die so genannte Phase eins nutzen, also den Antragsteller – die Konzerne – bitten, Schottland von der europaweiten Anbauzulassung auszuschließen. Begründet wird dieser Schritt damit, dass Schottland seinen „sauberen und grünen Status“ schützen will. Zudem „gibt (es) keine Anzeichen für eine bedeutende Nachfrage der schottischen Verbraucher nach GV-Produkten“, so der für Landwirtschaftsfragen zuständige Kabinettssekretär Richard Lochhead. Ein GV-Anbau würde jedoch die Zukunft des heimischen Lebensmittel- und Getränke-sektors bedrohen. Hier ist insbesondere die Whiskeyproduktion mit ihrer auch für den Export bedeutenden Größe zu nennen. av

## Bundesländer legen Gesetzentwurf vor

Fünf Bundesländer – Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – haben in der Juli-Bundesratssitzung einen eigenen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Opt-out-Regelung in Deutschland vorgelegt. Hiernach hat der Bund die Kompetenz, Anbauverbote zu erteilen – entweder in der Phase eins (während des Zulassungsprozesses) oder in Phase zwei (nach europaweiter Zulassung). Bundesweite vom Bund erteilte Anbauverbote entsprechen der Forderung der gentechnik-freien Bewegung. Nachdem das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) zunächst einen Vorschlag vorgelegt hatte, nachdem nur die Länder Anbauverbote erteilen können sieht die aktuelle Überarbeitung nun auch zusätzlich vor, dass der Bund verbieten kann. Es hakt in der Ressortabstimmung, da das Bundesumweltministerium vom Bund erteilte Anbauverbote will. Mit dem Gesetzentwurf üben die Bundesländer nun Druck auf den Bund aus. av

# Leguminosenanbau lohnt sich

Die Berücksichtigung des Wertes als Futter, Stickstofflieferant und Vorfrucht ist wichtig

Die Anbaufläche von Körnerleguminosen hat in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen (NRW) bedeutend zugenommen. Verglichen mit dem Vorjahr nahm der Anbau von Körnerleguminosen in NRW um 56 Prozent zu. Eine ähnliche Entwicklung wurde in ganz Deutschland beobachtet. Dies liegt sowohl an der Umsetzung des Greenings, in dessen Rahmen die meisten landwirtschaftlichen Betriebe ökologische Vorrangflächen (ÖVF) nachweisen müssen, als auch an den angebotenen Agrarumweltmaßnahmen (AUM) „Vielfältige Kulturen im Ackerbau“. Der Leguminosenanbau erfährt durch die Förderzuschüsse ergänzend zum Markterlös eine deutlich verbesserte Rentabilität. Zum Teil wird so der bisher oft nur unzureichend berücksichtigte Wert als Futter, als Stickstoffquelle und günstige Vorfrucht in der Fruchtfolge sowie als ökologische Leistung honoriert.

## Wertigkeit einrechnen

In der Abbildung wird die Differenz der gesamtbetrieblichen Direkt- und Arbeits erledigungskostenfreien Leistung (DAL) in Abhängigkeit von der Fruchtfolge sowie unter Einbeziehung der AUM-Fördermaßnahme und des Leguminosen-Futterwerts dargestellt. Als Ausgangspunkt wurde die DAL für eine Fünfgliedrige Fruchtfolge (FF1) mit Ackerbohnen festgelegt. Herangezogen wurden hierzu die Erträge aus dem Leguminosen-Monitoring des Projekts „Vom Acker in den Futtertrog“. Die Abbildung zeigt, dass die DAL für zwei Fruchtfolgen ohne Leguminosen (FF 2, 3)

im Vergleich mit FF1 höher liegt. Mit der Einrechnung der AUM nimmt die DAL jedoch im Vergleich mit FF1 um 18 Prozent (+ 125 €/ha) zu, da die gesamte Ackerfläche gefördert wird.

Parallel zur AUM bietet der Leguminosenanbau die Möglichkeit, die ÖVF zu erbringen. Die Rentabilität des Leguminosenanbaus bleibt trotz Reduzierung des Förderbeitrags um 20 €/ha hoch, wenn gleichzeitig Leguminosenfläche als ÖVF innerhalb des Greenings und als AUM angemeldet wird. Harald Lopotz von der Landwirtschaftskammer NRW bestätigt die hohe Rentabilität von Fruchtfolgen mit Hülsenfrüchten, die im Rahmen der ÖVF angebaut werden, gegenüber marktdominanten Kulturen wie Getreide, weil sie den Bonus der Greeningzahlung einbringen. Allerdings fällt dieser Bonus verglichen mit günstiger umsetzbaren Maßnahmen wie Brache oder Zwischenfruchtanbau geringer aus. In NRW haben sich die Landwirte zur Erfüllung ihrer Greening-Verpflichtung mit über 64 Prozent für Zwischenfrüchte entschieden, gegenüber sechs Prozent für Leguminosen als Hauptfrucht. Durch eine besser gestellte ökologische Gewichtung könnte die relative Vorzüglichkeit des Leguminosenanbaus erhöht werden.

## Externe Effekte Berücksichtigen

Die Wirtschaftlichkeit des Leguminosenanbaus zeigt sich erfahrungsgemäß bei einer innerbetrieblichen Verwertung deutlicher höher, als wenn die Ernte vermarktet wird. Im Vergleich mit ihrem realen

Futterwert zahlt der Handel bisher einen niedrigeren Preis für die Leguminosen. Im Frühsommer 2015 waren es 21 bis 22 € je Doppelzentner (dt) Ackerbohne (in der Berechnung für die Abbildung als Marktpreis zu Grunde gelegt), obwohl dieser im Futtertrog mindestens fünf bis sieben Euro pro Doppelzentner mehr wert war. Mit der Berücksichtigung des Futterwerts in der Berechnung nimmt die Gesamtbetriebs-DAL im Vergleich mit der Variante FF1 um 31 €/ha zu. Der höchste DAL-Saldo wurde in der Variante sechs festgestellt, wenn der Futterwert und die Teilnahme an der AUM mitberechnet werden. Erfahrungen im Rahmen des Projekts „Vom Acker in den Futtertrog“ bestätigen diese Ergebnisse. Einige Betriebe verwerten schon seit Jahrzehnten regionale Futtermittel erfolgreich in ihren Rationen oder sind durch andere Effekte mit der Ökonomie sehr zufrieden. Körnerleguminosen zeichnen sich durch eine hohe Ökosystemdienstleistung aus. Dabei findet die Stickstoff (N)-Fixierungsleistung und schließlich die Bereitstellung leicht verfügbaren Stickstoffs für die Folgefrucht die größte Beachtung. Die Einbeziehung des Einsparungspotentials an Stickstoff und des Mehrertrags der Folgekultur in die DAL gibt die tatsächliche Konkurrenzkraft der Körnerleguminosen gegenüber konkurrierenden Getreidearten wieder. Die DAL der Ackerbohne kann sich durch Einbeziehung dieser externen Effekte nahezu verdoppeln (+ 236 €/ha), durch höheren Ertrag der Folgekultur und Einsparung an synthetischem Stickstoff. Dieser Sachverhalt bestätigt, was in viehlosen Betrieben des ökologischen Landbaus bereits langjährige Praxis ist, was jedoch viele Betriebe mit konventioneller Landbewirtschaftung bei ihrer Fruchtfolgegestaltung noch zu wenig im Kopf haben.

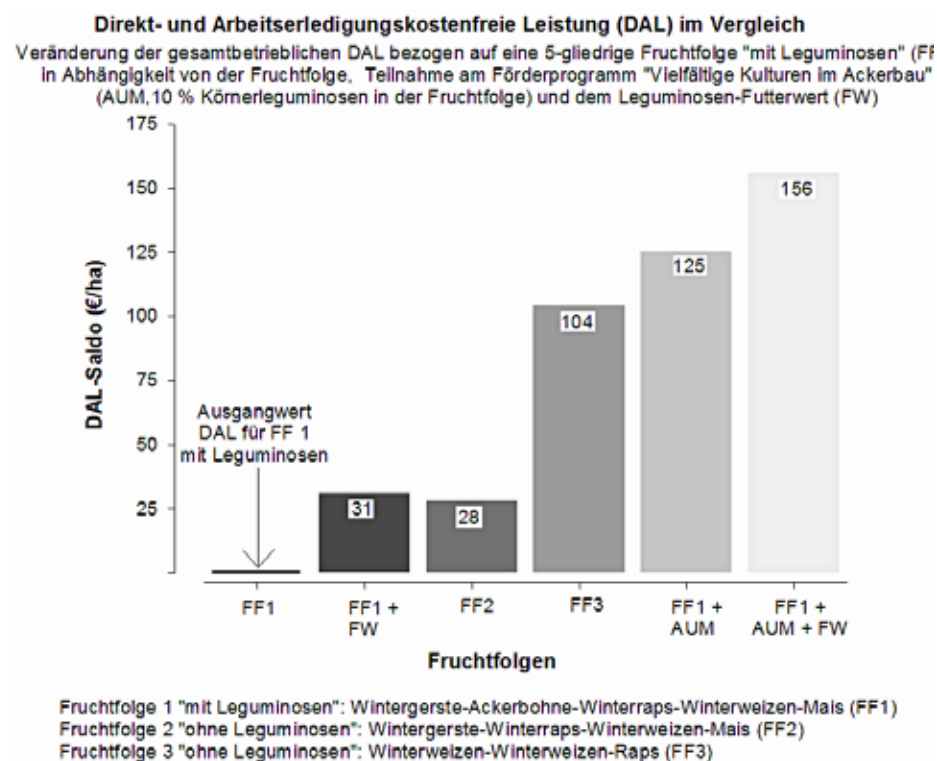
Für diejenigen, die auf den Leguminosenanbau setzen und einen Markt suchen, sind als Vermarktungsplattformen zur Vernetzung von Angebot und Nachfrage im Rahmen der von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft betreuten Projekte „Vom Acker in den Futtertrog“ in NRW und „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ der Marktplatz bzw. die Warenbörse entstanden. Dort sind Bauern und Bäuerinnen aufgerufen, ihre Erzeugnisse anzubieten, die Angebote anzusehen und gegebenenfalls direkt mit dem Anbieter zu handeln.

Luiz Massucati,  
Projektleiter

[www.vom-acker-in-den-futtertrog.de](http://www.vom-acker-in-den-futtertrog.de)

## „Gruselteller“

Im Süddoldenburgischen leistet ein renommiertes Landgasthaus in der Nähe von Cloppenburg offenbar einen subtilen Beitrag zum Widerstand gegen agrarindustrielle Geflügelmastprodukte: Auf der Speisekarte „Für unsere kleinen Gäste“ werden zwar die üblichen „Fünf Nuggets aus Hähnchenbrustfleisch“ mit Pommes und Möhrensalat für 4,90 Euro angeboten – aber immerhin unter der Überschrift „Gruselteller.“ en





# Sich auf mehr Körnerleguminosen einstellen

Mit dieser Ernte werden Erbsen und Bohnen auch für den Landhandel zur Größe

**E**s ist soweit: Die in diesem Jahr angebauten Erbsen sind zu großen Teilen gedroschen, die Ernte der Ackerbohnen steht bevor. Nun wird sich zeigen, welche Märkte sich für die Körnerleguminosen auftun. Nach Einschätzungen aus den Projekten „Vom Acker in den Futtertrog“ und „Eiweißfutter aus Niedersachsen“ sowie anderer Marktbeobachter sind es viele Marktfruchtbetriebe und weniger Futterbaubetriebe mit eigener Tierhaltung, die in den Körnerleguminosenanbau eingestiegen sind oder ihn wieder aufgenommen haben – auf Grund der Greeningauflagen oder auch wegen der mittlerweile wieder größeren Anerkennung der positiven Fruchtfolgeeffekte.

## Verwertung im Betrieb

Ökonomisch günstig ist ansonsten besonders die innerbetriebliche Verwertung als Futterbestandteil in hofeigenen Mischungen, weil sie nicht auf Marktpreise angewiesen ist, sondern den Wert als Futter anrechnet. Ein von diesem Vorgehen überzeugter konventioneller Ackerbauer und Schweinehalter aus Nordrhein-Westfalen (NRW) ersetzt bis zu neun Prozent des zugekauften Eiweißergänzers in einer Dreiphasenfütterung durch seine Bohnen. Seine eigene Ernte reicht nicht: „Ich kann noch Bohnen gebrauchen. Für den Weizenpreis plus zwei Euro würde ich welche abkaufen. Sauber sollten sie sein, ich will die direkt verwenden können.“ So entstehen Märkte, auch wenn es sich hierbei zunächst nur um einen Ausschnitt handelt. Die sich bildenden Preise entsprechen dem, was bisher üblich ist, sind aber viel niedriger als der ansetzbare Futterwert.

## Abwehrhaltung

Mitte August kursierten jedoch mit 16,50 Euro/ Doppelzentner (dt = 0,1t) Ackerbohnenpreise des Landhandels deutlich unterhalb des Weizenpreises. Da fielen in Gesprächen Worte wie „Frechheit“ oder „Skandalpreis“. Torsten Stehr, zuständig für die Ackerbohnenvermarktung bei der Raiffeisen Weser-Elbe eG, kennt das Phänomen im Vorfeld der Ernte: „Da ist bisher eine Abwehrhaltung des Handels. Die Akzeptanz in der hiesigen Vermarktung ist noch nicht vorhanden. Die Preise und Nutzungsmöglichkeiten werden zerredet“. Stehr bleibt gelassen und ist gespannt, ob die politische Fürsprache und der Greening-Effekt Wege öffnen zu einer stärkeren Verwertung der heimischen Körnerleguminosen als Futter. „Erstmal kommt das Ernten, dann lagern wir die Bohnen ein und sichten, welche Qualität



Die Bohnenernte läuft, der Absatz muss sich noch entwickeln

Foto: Massucati

wir haben. Dann schauen wir, welche Absatzmöglichkeiten es gibt.“ Zur Sicherheit hat Stehr einige Exportkontrakte abgeschlossen, hofft aber in diesem Jahr auf mehr Interesse von Futtermittelhändlern. Er rechnet damit, 5.000 bis 6.000 t Bohnen angeliefert zu bekommen, letztes Jahr waren es noch 3.000.

## Aufkeimendes Interesse

Die Preise in der zweiten Augushälfte lagen schon bei 19,50 Euro bis 21,60 Euro/ dt für Erbsen in Niedersachsen. Dabei gelten die höheren Preise in Veredelungsregionen. Ware, die aus Marktfruchtregionen, z. B. weiter entfernt aus Thüringen, gekauft wird und transportiert werden muss, erzielt zwei Euro weniger. Aus NRW verlauteten ähnliche Preise mit 19,50 Euro/dt für Bohnen, Erbsen kamen auf ein bis zwei Euro mehr. Erste Anzeichen für die steigende Marktpräsenz von Körnerleguminosen und dafür, dass der Landhandel beginnt sich Gedanken zu machen, sind zudem Anfragen anderer Landhändler bei Torsten Stehr, ob sie über ihn vermarkten könnten. Und ganz konkret

hat sich der Geschäftsführer eines Raiffeisenhandels in NRW an das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ gewandt, weil er die Notwendigkeit sieht, sich mit der Vermarktung heimischer Leguminosen und deren Einsatz als Eiweißträger in Futtermischungen zu beschäftigen. Als Landhändler müssten sie sich darauf einstellen, dass mehr angebaut werde, die Landwirte wissen wollten, wohin mit ihrer Ernte, und die Futtermittelwerke, mit welchen Mengen sie zu rechnen haben. Ab 1.000 Tonnen werde die Verwertung für die Werke interessant. Alexander Hissting, Geschäftsführer des Verbands Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG), nimmt als Marktkenner für gentechnikfreie Futtermittel auf Diskussionsveranstaltungen ein großes Interesse der Führungsebene von Lebensmittelhandel, Verarbeitern und Futtermittelhandel an Erbsen und Bohnen wahr. Bisher gelte dieser Markt eher als Nische, aber „die Futtermittelhändler scheinen vor allem die 'Kinderkrankheiten' nicht mittragen zu wollen; grundsätzlich ist alles, was preiswürdig ist, Thema.“ *cw*

## PED-Luftpfad

Die Virenstämme der Durchfallerkrankung PED, die in den USA seit 2013 für hohe Verluste bei Sauferkeln und Mastschweinen sorgt und nun auch in Europa und Deutschland auftritt, werden laut einer US-Studie nicht nur über Transporte, Kot oder Futter, sondern auch bis zu 16 Kilometer Entfernung über die Luft übertragen. *en*



## Klage gegen Cibus-Raps

Herbizidresistenter Raps der US-Firma Cibus darf in Deutschland vorerst nicht ausgesät werden. Das erreichten drei Kläger – ein Umweltverband, eine konventionelle Ölmühle und ein Unternehmen der Öko-Saatgutbranche. Unterstützt werden sie von einem breiten Klagebündnis, u. a. der AbL. Im März hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) der US-Firma bescheinigt, dass es sich bei Cibus-Raps nicht um Gentechnik im Sinne des Gentechnikgesetzes handele. Gegen den Bescheid des BVL hatten verschiedene Organisationen Widerspruch eingelegt, da sie den Raps als gentechnisch verändert einstufen. Zudem sei das BVL für eine solche Entscheidung gar nicht zuständig. Der Widerspruch wurde jedoch zurückgewiesen und damit hätte der Cibus-Raps schon in der diesjährigen Herbstsaat ausgesät werden können. Die Klage hat auf schiebende Wirkung. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt wollte sich auch nach Aufforderung durch das Klagebündnis nicht einschalten. Ob diese neue Züchtungstechnik und auch andere als Gentechnik eingestuft werden oder nicht, dazu will die EU-Kommission bis Ende dieses Jahres eine Einschätzung vorlegen. *av*

## EU-weiter Agrarfabriken-Widerstand

In den Niederlanden wollen Sozialisten, Grünlinks und die „Partei für die Tiere“ einen Baustopp für Mega-Tierställe durchsetzen, nachdem das Gesundheits- und Umwelt-Reichsinstitut (RIVM) in einer Untersuchung auf stärkere Beschwerden lungenkranker Agrarfabrikanwohner gestoßen war. Die Umweltorganisation „Milieudéfense“ verwies darauf, dass die Zahl der „Megaställe“ in den letzten Jahren stark angewachsen ist: Demnach gibt es in den Niederlanden mittlerweile mehr als 800 Ställe oberhalb folgender Bestandszahlen: 250 Milchkühe, 2.500 Mastkälber, 1.200 Sauen, 7.500 Mastschweine, 1.500 Milchziegen, 120.000 Legehennen und 220.000 Masthühner. Es steigt die Zahl der Betriebe, die die Feinstoff-Emissionsobergrenzen überschreiten. Die Provinz Nord-Brabant will gar dem Schweine-Industriellen Marco van Asten vier Millionen Euro zahlen, wenn er auf den Bau seiner 17.000er Schweineanlage verzichtet, die Gemeinde Tholen erwägt eine Zahlung von fünf Millionen für den Abbau einer Anlage in ihrem Gemeindegebiet. In Grubbenvorst kämpfen Bürger gegen eine geplante Anlage für 1,1 Millionen Masthühner und 30.000 Schweine. Agrar-Staatssekretärin Dijksma will im Bereich der Milcherzeugung energischer gegen die „Industrialisierung der Tierhaltung“ vorgehen: mit Auflagen hinsichtlich Flächenbindung, Tierzahlen, Gülle-Phosphat, Umwelt- und Gesundheitsvorgaben. Auch in anderen EU-Ländern gibt es Widerstand gegen Agrarfabriken: Im mittelenglischen Foston verhinderten Petitionen und die Umweltagentur eine 24.000-Schweine-Anlage des Unternehmens Midland Pig Producers. Die französische Bauernorganisation Confederation Paysanne geht gegen eine geplante 2.200-Kühe-Anlage bei Monts (Tours), eine 23.000-Schweine-Anlage in der Bretagne oder eine 250.000er Masthühnerfabrik in Poirion vor. *en*

## CMA – teuer bis zum Schluss

Am 1. Juli wurde der Eintrag der CMA Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft mbH im Handelsregister gelöscht. Vor sechs Jahren, im Februar 2009, hatte das Bundesverfassungsgericht auf eine Klage des Legehennenhalters Georg Heitlinger entschieden, dass die Zwangsabgaben der deutschen Bauern an den Absatzfonds zur Finanzierung vor allem der CMA seit 2002 verfassungswidrig waren. Erst drohte die Insolvenz, dann machte der Bund auf Druck der Gesellschafter aus Bauernverband und Agrarwirtschaft den Weg für die „stille Liquidation“ frei. Knapp 60 Mio. Euro haben CMA, ZMP und Absatzfonds 2009 bis 2015 für Personal und Sachkosten ausgegeben, antwortet die Bundesregierung auf eine Anfrage von Friedrich Ostendorff im Bundestag. „Bis zum letzten Tag herrscht bei CMA und Bauernverband das Denken in Gold und Marmor“, kommentiert Ostendorff. An rechtswidrig eingezogenen Beiträgen sind vom Absatzfonds 117 Mio. Euro zurückgezahlt worden, davon 64 Mio. an Molkereien. Über weitere 20 Mio. Euro wird noch vor Gericht gestritten. *uj*

## Es geht los

Die Hamfelder Hof Bauernmeierei

Es ist ein Tag der doppelten Symbolik“, sagte Schleswig-Holsteins grüner Landwirtschaftsminister Robert Habeck anlässlich der offiziellen Einweihung der Hamfelder Hof Bauernmeierei in Mühlenrade im Kreis Herzogtum Lauenburg. Während zum Höhepunkt der aktuellen Milchkrise überall in der Republik besorgte Milchbauern zu einer Sternfahrt nach München aufbrechen, um dort auf ihre prekäre Lage aufmerksam zu machen, nehmen in Mühlenrade 27 Bioland-Milchbauern und ihre Familien ihr Schicksal selbst in die Hand und geben feierlich den Startschuss für ihre eigene Meierei. Nach vier Jahren der Planung und einem Jahr Bauzeit ist damit ein Traum der Bäuerinnen und Bauern in Erfüllung gegangen. Seit dem 1. August wird hier für den regionalen norddeutschen Markt von derzeit 17 Mitarbeitern ein breites Spektrum von Bioland-Trinkmilch und Bioland-Sauerrahmbutter der Marke Hamfelder Hof hergestellt; weiterhin soll noch in diesem Jahr die Produktion von Bioland-Joghurt hinzukommen. Insgesamt wurden mit Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein rund elf Millionen Euro investiert, um zunächst eine jährliche Menge von rund elf Millionen Kilogramm Milch zu verarbeiten und zu vermarkten.

Während überall sonst im Land der Trend zu immer größeren Verarbeitungseinheiten ungebrochen voranschreitet, setzt die Hamfelder Hof Bauerngemeinschaft unter Führung von Geschäftsführer Janosch Raymann einen Kontrapunkt. Nur eine kleine Meierei ist in der Lage, auch kleinere Marktsegmente optimal zu

bedienen und Spezialitäten zu entwickeln, um auf diese Weise qualitäts- und genussorientierte Verbraucher zu erreichen. Dabei ist allen Beteiligten durchaus bewusst, dass der Start in die eigene Milchvermarktung durchaus risikoreich ist. Aber man müsse auch einmal etwas wagen im Leben, so die in Gesprächen am Rande der Einweihungsfeier vielfach geäußerte Einschätzung der Bäuerinnen und Bauern. Von Pessimismus war in Mühlenrade jedenfalls nicht viel zu spüren.

### Regional verankert

Zum Konzept der Bauernmeierei gehört es, interessierten Verbrauchern die Produktion zeigen zu können. Deshalb gibt es im neuen Meiereigebäude einen Besucherzugang, der außerhalb des Hygienebereiches durch große Fenster alle Produktionsbereiche zu zeigen vermag. In einem zweiten Bauabschnitt sollen dann im kommenden Jahr noch ein Hofladen und ein Bistro mit Außenbereich hinzukommen. Die kleine Gemeinde Mühlenrade mit gerade einmal zweihundert Einwohnern wird dann nach langer Zeit erstmals wieder eine Einkaufsmöglichkeit vor Ort haben, und es ist zu hoffen, dass dieses kleine Dorf in Zukunft im Norden bekannt wird dafür, dass es auch anders geht. Weg von der Masse, hin zur Qualität. Raus aus der Vereinzelung auf den Betrieben, hin zum gemeinsamen Handeln der Bioland-Bäuerinnen und Bauern. Der Anfang ist gemacht.

*Matthias Stührwoldt,  
Milchbauer aus Stolpe*



Es gab viele zu feiern bei der Gründung der Bauernmeierei Hamfelder Hof

Foto: Walther



**Betriebsspiegel:**

90 Hektar  
60 ha Grünland,  
30 ha Acker (Mais, Getreide),  
80 Kühe mit Nachzucht

**M**eine Frau Johanne und ich bewirtschaften einen 90-Hektar-Futterbaubetrieb mit 80 Kühen und Nachzucht im ostfriesischen Landkreis Leer. Zwei Drittel der Flächen bestehen aus Grünland, ein Drittel teilt sich auf in Mais und Getreide. Wir haben vier Kinder im Alter zwischen 17 und 22 Jahren, die somit aus dem Größten heraus sind und mittlerweile schon ihre eigenen Wege suchen. Meine Frau betreut, seit sie etwas mehr Zeit hat, unsere Milchkühe mit Naturheilkunde

und Akupunktur. Angefangen hat das vor ca. 15 Jahren, als unsere Kinder noch klein waren und ständig eines irgendwelche Krankheiten vom Kindergarten mit nach Hause brachte. Da wir mit der Schulmedizin nicht zufriedenstellend weiter kamen, konsultierte meine Frau eine Heilpraktikerin. Durch die erfolgreiche Behandlung mit Homöopathie kam uns der Gedanke, die Tiere auch damit zu therapieren. So besuchte Johanne etliche Kurse und Seminare der Landwirtschaftskammer in ganz Norddeutschland in Sachen Naturheilkunde beim Rind. Kurz darauf entstand auch ein Arbeitskreis in Oldenburg, dem meine Frau mittlerweile

seit 13 Jahren angehört. Die Fortbildung und der Erfahrungsaustausch mit anderen Kolleginnen und Kollegen bekräftigen sie immer wieder darin, dass es durchaus Alternativen zur klassischen Schulmedizin gibt und sich somit auch Tierarztkosten einsparen lassen.

Zusätzlich zur Naturheilkunde setzen wir seit über 13 Jahren effektive Mikroorganismen in Form von Kräuter-Embiosa in der Rindviehfütterung, der Konservierung von Silagen und der Güllehomogenisierung ein. Der beeindruckendste Effekt ist die Bindung von Ammoniak in der Gülle und somit die Grünland schonende Anwendung auch

im Hochsommer. Es kommt zu keinen Ätزشäden mehr in der Fahrspur, was sonst zu beobachten ist. Ebenso wird der typische Geruch der Silage und vor allem der Gülle minimiert, was uns private Nachbarn bestätigen. Dann haben wir die Kraftfutterfütterung vor vier Jahren ebenfalls umgestellt. Wir sind auf gentechnikfreie Mischungen umgestiegen, welche wir über eine Einkaufsgemeinschaft beziehen. Wir haben 13 Jahre BHV1-(Bovines Herpes Virus Typ 1) Sanierung hinter uns. Der Gesundheitsstatus unserer Tiere ist uns wichtig und weil wir ihn weiter verbessern wollen, füttern wir seit fast zwei Jahren harnstoffreduziert nach Empfehlungen von Dr. Schmack. Die Kühe sehen jetzt viel besser aus im Fell und haben fast keine Stoffwechselprobleme mehr. Die Leistung ist durch die harnstoffreduzierte Fütterung zwar zurückgegangen. Da sich die Gesundheit der Tiere aber verbessert hat, haben wir uns entschieden, diesen Weg weiter zu verfolgen und nicht mehr dem Leistungsdruck und dem Wachstumswahnsinn hinterher zu jagen. Das passt einfach zu unserem Betrieb, denn dass die Kühe im Sommer auf die Weide kommen, war für uns schon immer selbstverständliche Grundlage für unsere Milchviehhaltung. Herzliche Grüße,

*Johanne und Christoph Erchinger,  
Moormerland*

## Zufrieden mit gesunden Kühen

**A**nfang Januar haben wir uns mit drei Frauen zusammengetan und alle Kirchen vor Ort, muslimisch, christlich katholisch und evangelisch, angesprochen und mit Aushängen und Zeitungsartikeln mehr Leute gesucht, die statt zu reden ganz praktisch jetzt sofort etwas tun wollen für die bei uns ankommenden Flüchtlinge. Mittlerweile gibt es 37 Paten, 20 Leute machen zeitweise nach ihren Möglichkeiten mit und zehn kümmern sich um das Café der Begegnung. Außerdem gibt es noch die Sprachpaten in den Schulen: ehemalige Lehrer, die an der Gesamt- und in der Grundschule einmal in der Woche zusätzlich Unterricht anbieten. Unser Ziel ist es, jedem Flüchtling einen Paten an die Hand zu geben, der ihn begleitet, bis er das System hier in Deutschland verstanden hat und die Sprache so weit versteht, um klar zu kommen. Ich sage immer: Das Wichtigste ist der Sprachkurs!

Das Café der Begegnung findet seit Ende Mai jeden Samstag statt. Es ist gedacht für den Austausch, z. B. mit Berichten darüber, was läuft und geschafft wurde. Wenn die Menschen mitbekommen, dass etwas funktioniert, sind sie viel mehr bereit Sachen mitzumachen. Mittlerweile ist es aber vor allem auch ein Beratungstermin. Dann haben wir eine Woche Zeit, um Aufgaben abzuarbeiten: Termine machen, Wohnungen anschauen, Weiterbildungsmöglichkeiten organisieren, Praktika finden, Begleitung zum Jobcenter u. a. Wenn wir mitgehen, dann sind solche Behördengänge nach zwei oder drei Wochen erledigt – wenn nicht, dann haben wir zwei bis drei Monate damit zu tun. Wir werden



## Willkommenskultur

nicht so herumgeschickt und können sagen: „Wir machen das ehrenamtlich, bitte bündeln Sie Termine und Ansprechpartner, damit wir vorankommen.“ Die sind dort auch froh, wenn wir mitkommen. Und wir bekommen manchen Tipp, das ist ein Geben und Nehmen. Aber Amtssprache ist Deutsch, selbst Englisch wird nicht geredet, und eine Übersetzung kostet. Mittlerweile können nun aber schon Flüchtlinge, die ausreichend deutsch können, mitgehen. Wenn ich die Menschen neu kennen lerne, frage ich immer, was sie in ihrer Heimat gemacht haben. So kann ich überlegen, was wäre hier ein Weg und den aufzeigen. Viele denken, hier geht alles schnell, aber es funktioniert nur „step by step“. Die meisten würden gern das weitermachen, was sie gelernt haben und können. Aber alle Papiere zu übersetzen und eine Ausbildung anerkennen zu lassen, braucht viel Zeit und Geld.

Manchmal ist es da besser, die Ausbildung hier noch mal zu machen. Es sind aber alle dabei: Agraringenieure, Schiffbauingenieure, Lehrer, Radiologen, Verwaltungsbeamte, EDV-Spezialisten, Postboten, Elektriker, Installateure und Maler. Natürlich auch Analphabeten, meist Frauen, aber auch Männer, die noch nie auf einer Schule waren. Das Werkstatt-Berufskolleg und das Weiterbildungskolleg in Unna haben extra neue Kurse eingerichtet. So schubsen wir ständig neue Ideen an. Die Kirchen übernehmen Schulungen und führen ein Spendenkonto. Die Stadt Fröndenberg und der Patenschaftskreis für Flüchtlinge schulen Paten. Die Liste der Paten, deren Betreuung, die Koordination des Patenschaftskreises und der Kontakt mit Jugendamt und Schulen liegt bei mir – das sind doch eigentlich Behördenarbeiten. Wir hoffen immer noch, dass mal ein hauptamtlicher Integrationsmitarbeiter eingestellt wird

als koordinierender Ansprechpartner und für den ganzen Papierkram. Das kann doch eigentlich nicht sein, dass sich alle auf die Ehrenamtlichen verlassen, die das nebenbei machen. Was trägt, sind die Menschen und die Erfolge: Heute kam ein Flüchtling aus Syrien und bedankte sich glücklich bei mir. Er hat den Schlüssel für seine erste Wohnung in Deutschland erhalten und zieht nächste Woche ein. Und sein Glück macht auch uns Paten glücklich.

*Karin Eckei,  
Fröndenberg*

**Betriebsspiegel:**

NEULAND-Betrieb seit 1989  
50ha Acker, knapp 20 ha. Grünland  
50 Mastrinder, 280 Mastschweine,  
600 Masthähnchen,  
1100 Legehennen

# Für die Vision eines sozialistischen Zukunftsprojektes

Alice Froidevaux, im Interview über den Kongress der Lateinamerikanischen Koordination der Bauernorganisationen (CLOC – La Vía Campesina)

**Unabhängige Bauernstimme: Welche Themen wurden auf dem Kongress behandelt?**

Alice Froidevaux: Es gab drei Teile: die Versammlung der Jugendsektion, die Versammlung der Frauensektion und der eigentliche Kongress. Bei der Jugendversammlung wurde über die bessere Integration der Jugendlichen in die Arbeit und die Entscheidungsprozesse von La Via Campesina (LVC) und über den Aufbau von Allianzen zwischen der ländlichen und der städtischen Jugendbewegung diskutiert. Die Frauenversammlung stand unter dem Titel „Ohne Feminismus gibt es keinen Sozialismus“. Ein Hauptziel des Treffens war es, eine Definition für einen „bäuerlichen Volksfeminismus“ (feminismo campesino y popular) auszuarbeiten. Am dreitägigen Kongress aller CLOC-LVC-Delegierten wurde zum Beispiel über Agrarreform, Ernährungssouveränität, Agroökologie, indigene Völker, Migration und Lohnarbeit, Menschenrechte debattiert. Aber es wurden auch interne Mechanismen und Strategien im Bereich der Kommunikation und der (Weiter-)Bildung zum Thema gemacht.

Umrahmt wurde alles von einem allgegenwärtigen politisch-ideologischen Diskurs, der geprägt ist von der Idee

einer kontinentalen lateinamerikanischen Einheit im Widerstandskampf gegen Kapitalismus und Imperialismus sowie von der Vision eines sozialistischen Zukunftsprojektes. Seinen Abschluss fand das Treffen in einem großen Demonstrationmarsch durch Buenos Aires am 17. April, dem Internationalen Tag des Bauernkampfes.

**Was unterscheidet die Ausrichtung von CLOC-LVC von bäuerlichen Organisationen in Europa, z. B. ECVC?**

Die CLOC-LVC hat einen viel stärkeren politisch-ideologischen Diskurs als zum Beispiel bäuerliche Bewegungen in Europa. Man stellt sich rigoros gegen das kapitalistische System als bei uns. Begriffe wie Sozialismus oder Revolution gehören in Lateinamerika ganz natürlich dazu, während sie in Europa vermieden werden oder man sich zumindest schwer damit tut. Dies ist auf die unterschiedlichen historischen, politischen und sozialen Entwicklungen der beiden Kontinente zurückzuführen.

Auch die Bedeutung gewisser Themenbereiche und Kampagnen ist unterschiedlich. Während zum Beispiel die Forderung nach einer Agrarreform in Lateinamerika noch immer ganz oben auf der Agenda der Bauernorganisatio-

nen steht, ist das Thema in Europa heute kaum mehr relevant. Ein anderes Beispiel ist die LVC-Kampagne „Schluss mit Gewalt gegen Frauen“. Sie ist zum Beispiel in zentralamerikanischen Ländern, wo Gewalt gegen Frauen sehr weit verbreitet ist und zudem eine hohe Straffreiheit besteht, viel sichtbarer (durch Aktionen etc.) als in Europa. Aber nicht nur die Ausrichtung von CLOC-LVC und bäuerlichen Organisationen in Europa ist unterschiedlich. Auch die Umstände für eine bäuerliche Mobilisierung sind nicht dieselben. In vielen Ländern Lateinamerikas herrscht eine starke Repression gegen Aktivisten; sie werden bedroht, eingeschüchert und sogar umgebracht, weil sie für ihre Rechte eintreten.

**Die jungen Menschen sind stark vertreten in der CLOC-LVC – was fordern sie?**

Die Jugend kämpft in erster Linie für reale Zukunftschancen der (Klein-) Bauern und für einen Erhalt und die Aufwertung der bäuerlichen sowie der indigenen und afrolateinamerikanischen Kultur. Viele Kleinbauern sind in einer schlechten wirtschaftlichen Lage. Oft fehlt der Zugang zu Land für die Produktion, wodurch viele ländliche Bewohner gezwungen sind, unter schlechten Bedingungen als Landarbeiter auf den Plantagen internationaler Konzerne zu arbeiten. Dazu kommt, dass der Beruf „Bauer“ in der Gesellschaft einen schlechten Ruf hat. Die Bauern werden als faul, dumm, rückständig und arm abgestempelt. Diese Situation führt auch dazu, dass viele Jugendliche nicht auf dem Land bleiben und in die Stadt abwandern. Auch deshalb ist es der Jugendsektion von CLOC-LVC wichtig, dass die ländliche und die städtische Jugendbewegung zusammenarbeiten – durch die Land-Stadt-Migration sind das keine gegensätzlichen Bewegungen mehr.

**Welche Verantwortung haben die Mitglieder von La Vía Campesina – bezüglich z. B. GVO, Globalisierung und Freihandelsabkommen?**

Das Ziel ist es, dass alle Mitgliederorganisationen von LVC laufende internationale Kampagnen umsetzen und in ihrem Land auf die Themen der LVC-Agenda aufmerksam machen. Es ist klar, dass nicht in jedem Land oder in jeder Region dieselben Themen relevant sind. Es geht aber um die gemein-

same Erkenntnis, dass durch die Globalisierung und den Neoliberalismus die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik eben weltweit zusammenhängen. Es geht also alle überall etwas an. Die LVC-Mitgliederorganisationen der verschiedenen Länder müssen entscheiden, welche Art von „Kampf“ im lokalen Kontext Sinn macht. Unerterre hat zum Beispiel die Strategie gewählt, eine Initiative für Ernährungssouveränität zu lancieren. Ich finde diesen Schritt vor allem deshalb wichtig, weil er zeigt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Konzept für die Bauern in so genannten Entwicklungsländern ist. Auch hier muss eine Debatte um die Rechte der Bäuerinnen und Bauern, der landwirtschaftlichen Mitarbeiter/-innen und der Konsument/-innen geführt werden. Es geht um faire Löhne und faire Preise, Markttransparenz, die Stärkung von lokalen Produktions- und Handelskreisläufen, eindeutige Produktinformation, einen rücksichtsvollen Umgang mit der Natur usw.

**Welche Eindrücke nehmen Sie von dem Kongress mit?**

Die Atmosphäre während des Kongresses war für mich sehr eindrücklich. Es nahmen rund 1.000 Personen teil. So viele engagierte, motivierte Aktivistinnen und Aktivisten an einem Ort – mutige Menschen mit sehr interessanten Geschichten – ergaben eine sehr energiegeladene Stimmung. Zusätzlich war der Kongress sehr laut. Das meine ich aber im positiven Sinne. Es wurden oft zusammen Slogans gerufen oder Lieder gesungen. Generell hatte Musik (ob spontan oder geplant) sehr viel Platz: von brasilianischen Trommeln, über traditionelle indigene Gesänge bis zu argentinischem Pop-Rock.

Ganz speziell und schon ein fester Bestandteil der LVC-Kultur sind die sogenannten Místicas. Das sind kleine szenische Vorführungen, in welchen Geschichten des Bauernkampfes erzählt und symbolisch bäuerliche und indigene Werte dargestellt werden. Eine Hauptfunktion der Místicas ist es, den Zusammenhalt zu fördern und den Kampfgeist zu stärken. Jeweils zur Eröffnung und zum Abschluss eines Tages runden sie das Programm ab. Bei der Vorbereitung der Místicas spielen übrigens die Frauen die tragende Rolle.

**Vielen Dank für das Gespräch**  
Das Interview führte Unerterre Schweiz



Gelebter Widerstand mit Visionen

Foto: CLOC



# Nicht zu diesem Preis

Die Menge reduzieren, Preis stabilisieren und Existenzen sichern

Überall in Europa demonstrieren Bauern gegen niedrige Milchpreise. Zum Teil mit drastischen Maßnahmen, wie in Belgien, wo Landwirte mit rund 300 Traktoren den Flughafen in Lüttich-Bierset blockierten, Autoreifen anzündeten und mit Nachdruck Molkerei und Verbandsvertreter aufforderten, sich einer konstruktiven Auseinandersetzung für einen kostendeckenden Milchpreis zu stellen. Ähnliche Aktionen werden aus Frankreich, Spanien und England gemeldet. Auch in Deutschland zogen Bauern vor die Tore der Molkereien, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Eine Staffelfahrt aus allen Teilen der Republik findet am Dienstag, dem ersten September ihren Abschluss in München. Sie bildet den Auftakt zur vom European Milk Board (EMB) initiierten Demonstration am siebten September in Brüssel anlässlich des Treffens der Agrarminister der Mitgliedsstaaten. Die Agrarminister reagieren mit der Zusammenkunft auf den wachsenden Druck, der ihnen von Seiten der Milchviehhalter und ihrer Interessenvertreter entgegenschlägt.

## Mit Ansage

Immer wieder war vor der jetzt zur vollen Ausbreitung gekommenen Krise am Milchmarkt gewarnt worden. Schon im vergangenen Jahr machten der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fortgesetzt darauf aufmerksam, dass die stark gewachsene Produktionsmenge zwangsläufig zu einem Überangebot und in der Folge zu einem Preisverfall führen muss. Schon zu einem Zeitpunkt, an dem die Milchquote, die am ersten April dieses Jahres auslief, noch bestand, hatten viele Betriebe in der Hoffnung auf eine günstig ausfallende Saldierung ihre Produktionsmenge über die in der Quote erfasste Menge hinaus gesteigert. Erst die Hochrechnung der Molkereibranche und die Warnungen vor einer überdurchschnittlich hohen Superabgabe für die Überlieferer führte Ende 2014 und im ersten Quartal 2015 zu einem leichten Rückgang der Anlieferungsmenge und zu einer Stabilisierung des Milchpreises. Mit dem Wegfall der Milchquote verlor diese „Lieferdisziplin“ ihre Grundlage. Die Folge war ein kontinuierlicher Anstieg der Milchmenge. Dieser ließ erst Mitte Juli aufgrund der heißen Temperaturen um 3,3

Prozent nach und fiel unter das Vorjahresniveau.

## Faktoren der Preissenkung

Außer der gestiegenen Produktion sorgten Veränderungen am Weltmarkt für eine zusätzliche Verschärfung der Situation. Immer wieder und teilweise als einzige Ursache für die Krise angeführt wird das russische Lebensmittel embargo. Als politische Reaktion liegt es außerhalb des regulären Geschehens der Märkte. Die Krise wäre bei dieser Art der Betrachtung, mit dem Embargo als einziger Ursache, kein Marktversagen, sondern allein in der politischen Auseinandersetzung zwischen der EU und Russland begründet. So angenehm derart monokausale Erklärungen für den Leser sind, so schnell wird dem kritischen Beobachter auch deutlich, dass sie die Komplexität des Marktgeschehens nicht abbilden. Selbst das für seine marktliberale Position bekannte Thünen-Agrarforschungsinstitut nennt gleich eine Reihe weiterer Einflüsse: die hohe Produktion in Neuseeland und den stagnierenden Absatz in China. Aber auch in den USA ist die Produktionsmenge gestiegen.

## Allein gelassen

Für die Bauern sind die aktuellen Preise von unter 30 Cent eine ökonomische Unmöglichkeit. Die Betriebe könne derartige Auszahlungspreise, die in Nord- und Ostdeutschland teilweise nur noch bei 25 Cent liegen, nur überstehen, indem sie ihre Rücklagen aufbrauchen, Abschreibungen auflösen oder, vor allem bei großen Betrieben mit Lohnkosten, Überbrückungskredite beantragen. Die Empfehlung von Sascha Weber vom Thünen-Institut, stärker auf alternative Einkommensquellen wie beispielsweise Ferienwohnungen zu setzen, greift Empfehlungen des ehemaligen Präsidenten des Deutschen Bauernverbands (DBV) Sonnleitner auf, der dies schon 2009 empfahl. Die Reaktion der Politik ist die Ankündigung vorgezogener Auszahlungen der Direktzahlungen, das Versprechen von Zinsvergünstigungen und Liquiditätshilfen. Die Verantwortlichen auf Bundes- und EU-Ebene weigern sich aber, das Konzept der Marktliberalisierung, welches zur ersatzlosen Streichung der Milchquote geführt hat, aufzugeben. EU-Agrarkommissar Paul Hogan erklärte in der französischen Zeitung „Le Tribune“: „Wir leben in einer Epoche volatiler Märkte“,



Zuviel Milch, ruinöser Preis und demonstrierende Bauern

Foto: Kleensang

was einer außergewöhnlich hohen Produktion auf allen Märkten, insbesondere in den USA und in Neuseeland, aber auch hier in der EU geschuldet sei.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt bewertet das Ende der Milchquote in einem Interview in der „Welt“ positiv: „Jeder Milcherzeuger hat jetzt die Freiheit, aber auch die Verantwortung, zu entscheiden, wie viel Milch er erzeugt. Ziel sollte es im Interesse der Milchwirtschaft sein, nur so viel Milch zu produzieren, wie abgesetzt werden kann.“ Nicht erwähnt wird die in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter gestiegene Unfreiheit der Milchbauern bei der Wahl ihrer Molkerei. Der immer weiter vorangetriebene, vom Deutschen Bauernverband und dem Raiffeisenverband auch aktuell noch befürwortete, Konzentrationsprozess im Molkereisektor lässt den Lieferanten immer weniger Wahl ihrer Molkerei und drängt den Wettbewerb immer weiter zurück. Diese Abhängigkeit belegte auch die vom Bundeskartellamt im Januar 2012 abgeschlossene Sektoruntersuchung Milch.

## Export ist keine Lösung

Die Milch ist da. Verkaufen wir sie. So einfach, könnte man denken, ist der Umgang mit der Krise beim DBV. Denn die zentrale von Präsident Rukwied vorgebrachte Forderung ist eine Exportoffensive. Finanziert aus den Mitteln der Superabgabe. Die Strafzahlungen derjenigen, die im vergangenen Milchwirtschaftsjahr den Milchüberschuss verursacht und damit den Preisverfall vorangetrieben haben, kämen ihnen

zumindest teilweise wieder zugute. Un-erwähnt bleibt von Seiten des DBV, dass er zum Ende des letzten Milchwirtschaftsjahres im März 2015 davon ausgegangen war, dass die Superabgabe in diesem letzten Quotenjahr gar nicht mehr rechtskräftig wirksam sei und daher juristisch dagegen vorzugehen versuchte.

## Volle Märkte, geringe Preise

Ob eine Exportoffensive wirklich dazu geeignet ist, die Preise zu heben, das lassen zumindest die Zahlen der GEFA (German Export Association for Food and Agriproducts e. V.) fraglich erscheinen. Demnach sind die Exporte von Molkereiprodukten im ersten Halbjahr 2015 mengenmäßig fast gleich geblieben (+ 0,2 %), der Exportwert allerdings fiel bei dieser exportstärksten deutschen Warengruppe im Agrarbereich um 13,6 Prozent deutlich. Vor diesem Hintergrund kritisch fragen muss man, welche Interessen der DBV, der immer eng mit der Molkereindustrie verbunden war, mit seiner Exportoffensive tatsächlich verfolgt. Vielleicht ist das Ziel: gute Absatzmärkte für die Molkereien bei gleichzeitig günstigen Rohstoffpreisen mit unterwürfigen Produzenten.

## Menge gestalten

Für den Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) liegen Ursache und Lösung der Krise eng beieinander. Die Ursache, darin sind sich alle Marktbeobachter einig, ist das Überangebot an Milch. Die Lösung sieht der

Fortsetzung Seite 12





Auftakt der Staffelfahrt in Schleswig-Holstein: Überschussmilch abfüllen um eine Spur aus Milch nach München zu legen  
Foto: BDM

## Gemeinsam etwas bewegen

Die Molkereien haben die Auszahlungspreise an die Bauern gerade ein weiteres Mal abgesenkt, und sie machen uns keine Hoffnung auf eine baldige Besserung der Lage. Der Lebensmitteleinzelhandel nutzt den Mengendruck und seine starke Marktposition knallhart, um seine Kunden mit gesenkten Produktpreisen zu locken, und im Export zeigt sich, dass der Absatz stabil bleibt, wenn die erzielten Preise nur niedrig genug ausfallen. Wir erzeugen mehr Milch, als zu vertretbaren Preisen nachgefragt wird. Dieses Überangebot macht die Milchpreise und damit die Betriebe kaputt, also müssen wir runter vom Überschuss. Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Mittlerweile zeigen Gespräche bei den Versammlungen und Aktionen von Milcherzeugern deutlich, dass immer mehr Kollegen bereit sind, ihre eigene Milcherzeugung beispielsweise durch verringerte Kraftfuttergaben jeweils um einige Prozent zu reduzieren, wenn die Kollegen bundesweit und EU-weit mitziehen. Der einzelne ist jedoch insgesamt gesehen machtlos. Es braucht eine übergeordnete Koordinierung. Da ist Bundesminister Schmidt gefragt, endlich aktiv zu werden und sich auf europäischer Ebene für einen geeigneten Rahmen einzusetzen. Ganz akut sollte unter Einsatz der von Milchviehbetrieben in diesem Sommer letztmalig erhobenen „Superabgaben“ ein Bonus ausgeschrieben werden für Betriebe, die ihre Milcherzeugung kurzfristig und befristet um einige Prozent reduzieren.

Und die Handelsriesen Aldi, Edeka, Lidl und Rewe müssen dringend die Preise anheben - und zwar verbunden mit der Forderung nach einer Selbstverpflichtung der Milch- und auch der Fleischverarbeiter, zum Überschussabbau aktiv beizutragen. Denn so wird gewährleistet, dass die höheren Preise bei den Bauern ankommen, und nicht stattdessen die Billigexporte der Ernährungsindustrie von den Verbrauchern mitfinanziert werden, während die Bauern weiter das Nachsehen haben. Es wird immer wieder deutlich: Nur die Bauern selbst haben ein Interesse an einem hohen Milcherzeugerpreis. Darum müssen wir aktiv und solidarisch miteinander für unsere Interessen streiten. Dass das geht, beweist die sehr gute Beteiligung an den Auftaktveranstaltungen der Staffelfahrt. Wir müssen aus der Vereinzelung und von den Höfen auf die Straße; die Unterstützung der Menschen ist uns sicher, das zeigen die vielen positiven Reaktionen von Passanten. Bauern und Verbraucher gemeinsam können etwas bewegen.

Ottmar Ilchmann,  
ostfriesischer Milchbauer und stellvertretender AbL-Vorsitzender

## Die Initiative ergreifen

Alle reden davon, dass die Milchmenge reduziert werden soll – und keiner tut es. Doch was steckt hinter dieser nicht nur für die Bauern so fatalen Situation? Wir alle kennen die Milchbauernabende, wo uns vom Berater vorgerechnet wird, dass wir mit einem kg mehr Kraftfutter zwei Liter mehr Milch erzeugen können. Eine schlechte Milchberaterrechnung, nicht einmal einzelwirtschaftlich zielführend. Sie lässt den abnehmenden Ertragszuwachs ganz außer acht und verschweigt, dass der letzte Liter Milch, der auf Kraftfutterbasis erzeugt wird auch der teuerste ist. Es sind diese Beratungen zusammen mit den Medien in DBV-Hand und der Ausbildung, die uns Bauern seit Jahrzehnten eingetrichtert haben, dass wir immer mehr erzeugen sollen, immer mehr aus unseren Kühen rausholen müssen, nur dann eine guter Bauer sind, wenn wir unseren Stalldurchschnitt jedes Jahr steigern, und einige von uns sogar dahin getrieben wurden, ein Bullenkalb einer Hochleistungsrasse nur noch als lästiges Übel zu sehen. Sie wollten uns dahin bringen, dass die Plaketten auf der Stalltür und das Ziel, immer besser sein zu wollen als der Nachbar wichtiger sind als unser gesunder Menschenverstand, als unser ureigenes Verantwortungsgefühl für das Wohl unserer Tiere. Und die Politik? Sie weiß genau, was passiert, wenn zu viel Milch auf dem Markt ist. Alle wissen es und keiner tut was. Alle sind sie mitverantwortlich vom Minister Schmidt über unsere Frau Bundeskanzlerin bis zu unserem Agrarkommissar. Genauso wie die Molkereien, die bis auf wenige bemerkenswerte Ausnahmen für einen billigen Rohstoff und unverantwortliche Gewinnmaximierung Bauernhöfe über den Jordan gehen lassen. Genauso wenig kann sich ein Verbraucher in Zeiten uneingeschränkter Informationszuganges aus der Verantwortung stehlen.

Und der Bauernverband: Man höre und staune: bei einer Aktion des BBV vor einer fränkischen Aldi-Filiale forderte ein Bauer 40ct. für den Liter Milch, damit sein Betrieb überleben könne. Aber sein Verband wird nicht müde, mehr Milch und die Erschließung neuer Exportmärkte zu fordern, wohl wissend, dass der Weltmarktpreis in Europa niemals kostendeckend sein kann.

Es wird uns also nichts anderes übrig bleiben, als das Blatt selbst in die Hand zu nehmen und selbst wieder nachzudenken, was uns und unseren Betrieben gut tut. Was für die Milch gilt, gilt auch für Rindfleisch, Schweine- oder Hähnchenmast. Wir Bauern dürfen uns nicht länger an der Nase herumführen lassen. Die Reduzierung von Kraftfutter kann schon kurzfristig die Situation auf den Höfen vollständig verändern. Die Rindergesundheit wird sich verbessern, Tierarztkosten sinken, die Milchmenge geht zurück, der Milchpreis kann sich erholen. Und wenn wir dann auch noch die Möglichkeit des Weidegangs überdenken, die Überbelegung der Ställe ins Visier nehmen, etc., dann können uns Aldi, DMK, Schmidt, Ruckwied und Co. den Buckel runter rutschen. Es geht um viele Höfe - sie müssen erhalten bleiben und dazu braucht es neue (alte) Wege.

Jeannette Lange (Milchbäuerin in Hessen) erzählte in der letzten Mitgliederversammlung in Altenkirchen von einem Gespräch, in dem sie zu einer anderen Milchbäuerin sagte: „Wir haben die Kuhzahl reduziert, das Kraftfutter weggelassen, die Milchleistung heruntergefahren und plötzlich haben wir richtig Geld verdient mit unseren Kühen und es hat wieder Freude gemacht, in den Stall zu gehen!“ Darauf die andere Milchbäuerin: „Ja das geht doch nicht. Ja wenn das alle so machen würden....“

Gertraud Gafus,  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Fortsetzung von Seite 11

BDM in einer gezielten Mengenreduktion. Keine Wiedereinführung der Quote, sondern eine im Krisenfall einsetzende schrittweise Mengenreduktion schlägt der Verband mit seinem Marktverantwortungsprogramm vor. Auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft unterstützt diese Forderung. Gleichzeitig drängt sie auf eine Qualitätsinitiative. Die Milch soll von der Weide gemolken werden, Importsoja durch heimische Eiweißpflanzen ersetzt und die Zuchtleistung auf Langlebigkeit statt auf hohe Milchmenge ausgerichtet werden. Vor allem aber sollten sich die Erzeuger zusammenschließen, um wieder Marktmacht zurückzugewinnen.

Inzwischen rollen die Traktoren, ob nach München oder kommende Woche nach Brüssel. Viele erwarten schnelle

Reaktionen der verantwortlichen Politiker. Wie schon 2009 scheinen die Guld und die Kraft am Ende. Ein letztes Aufbäumen. Wenn es so ist, haben die Marktliberalen schon gewonnen. Sie werden kleinste Schritte gehen, die Bauern zu besänftigen versuchen. Der Milchstreik 2009 hat neben vielem anderem leider auch gezeigt, wie schwerfällig Politik, wie mächtig die Lobby der Molkerei- und Exportwirtschaft ist und wie schnell berechnete Bauernproteste vergessen werden. So wichtig die Kundgebungen in München und Brüssel sind, bilden sie vor allem den Auftakt zu einem Prozess, der die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, aber auch die Verbraucher kontinuierlich mit den Forderungen nach fairen Preisen für die Landwirtschaft konfrontiert.



## „Wo ist das Leitbild?“

Eine rasante Betriebsentwicklung hin zu 500 Kühen rettet nicht

Er ist der Bauer im Dorf, den man fragt, wenn man Größeres zu bewegen hat. Jürgen Meenken ist der Bauer in Langenstein am sachsen-anhaltinischen Harzrand, den man zum Ortsbürgermeister wählt und der sich in den dörflichen Vereinen für den Erhalt des Sommerbades oder für die Sanierung eines alten Gehöftes im Ortszentrum als Festscheune und Dorftreff engagiert. Und dabei ist Meenken noch nicht mal von hier. Ihm schmeichelt, dass er Anerkennung im Dorf genießt trotz oder wegen seines norddeutschen Zungenschlags, der ihn als jemanden von irgendwo Richtung Nordseeküste ausweist. Bei Oldenburg im Moor war Jürgen Meenken 1991 mit 28 Jahren schon in den elterlichen Betrieb mit 60 Kühen eingestiegen. Verheiratet mit seiner Frau Frauke war er schon Vater einer kleinen Tochter, die zweite war unterwegs. Da meldete sich bei ihm ein ehemaliger Mitschüler von der Fachschule in Hildesheim – eigentlich eher den Ackerbauern in Niedersachsen vorbehalten. Es gebe da diesen Betrieb, eine LPG am Harzrand in Sachsen-Anhalt, Acker und vor allem eine Milchviehanlage. Letztere ist nichts für den Ackerbauern, deshalb will er Meenken mit im Boot. Es muss schnell gehen, Kühe, die Ende März 91 gemolken werden, erhalten Referenzmengen. Die Meenkens fahren von Oldenburg nach Langenstein und sagen spontan erst einmal nein. Braunkohlemief und grauer DDR-Beton entwickeln nicht viel Charme. Aber dann wieder in Oldenburg erscheint die Perspektive, doppelt so viele Kühe zu melken – im Langensteiner Stall stehen 114 Kühe angebunden – lukrativ und abenteuerlich. Es reizt den Jungbauern, er überzeugt seine Frau. Es ist viel zu tun, aber auch viel Gestaltungsspielraum vorhanden. Sieht man die Fotos von damals, kann man die Aufregung fast greifen: Maschinen verladen, Kühe verladen, um sie von Oldenburg nach Langenstein zu bringen und andersherum das Jungvieh nach Oldenburg. Die Altenteiler und auch die Oma fassen mit an, die Gesichter auf den meisten Bildern strahlen. Hier wird was geschafft, wächst auch was zusammen, letzte LPG-Mitarbeiter können bleiben. Besitzverhältnisse lassen sich regeln, die GbR mit den Ackerbauern nebenan, Lieferrechte, die übernommen werden können. „Es lief gut“, sagt Meenken, auch wenn sie als Familie mit inzwischen zwei kleinen Kindern bescheiden in den umgebauten ehemaligen Mitarbeitersozialräumen wohnen, immer noch grauer DDR-Beton. Schnell haben sie 1,8 Mio. Quote

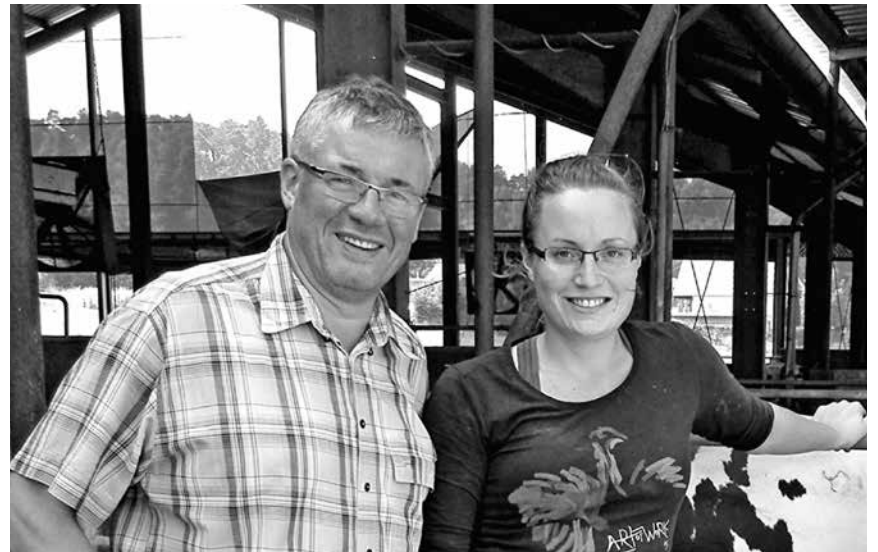
zusammen. „Da dachte man damals: Das reicht fürs Leben“, resümiert Meenken und zwischen all dem Schwung und Elan, den der heute 53-jährige noch immer ausstrahlt, blitzt nicht nur ein bisschen Wehmut, sondern auch die Ratlosigkeit auf, die immer wieder auftaucht, je mehr die Geschichte seines Hofes sich dem Hier und Heute nähert.

### Größer werden

Das Land war von Anfang an knapp, gute Böden, die am liebsten von den Ackerbauern nicht hergegeben werden. 180 ha konnte Meenken mit seinen Nachbarn verhandeln, später noch 80 ha Grünland weiter weg im Harz als Vertragsnaturschutzflächen pachten. Damit war an Weidegang nicht zu denken, es musste intensiv Futter angebaut werden. Der alte Stall wurde schnell zu einem Fressliegeboxenstall umgebaut, mit einer endlosen Rohrleitungsanlage. Während die Melker ordentlich in Bewegung waren, waren es die Kühe zu wenig. Nach zehn Jahren, 2001, zogen sie um in einen neuen Boxenlaufstall mit Doppelzehner-Side-by-Side-Melkstand. Luftig und großzügig dimensioniert, „wenigstens ein bisschen der Weide nachgebildet“, bedauert Meenken das Weidedefizit. Die Futtermittellieferung der inzwischen knapp 300 Kühe wurde besser, pro Kuh 700 kg mehr gemolken, im Schnitt 11.000 kg, 700.000 kg Überlieferung drohten. Überlieferungen wendete Meenken immer dadurch ab, dass er durch Geschick und glückliche Umstände Quote dazubekam, sei es durch den aufgebenden Betrieb in der Umgebung oder durch Kaufmöglichkeiten.

### Kosten wachsen

Das Wachstum an einer Stelle forderte immer auch das Wachstum woanders heraus, Güllelager und Siloplatz mussten angepasst werden – „Investitionen von einer knappen halben Million, die sich nicht amortisieren“ – eine Lösung musste für das immer noch zum Teil in Oldenburg aufgezogene Jungvieh gefunden werden. Förderung nach dem Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) gibt es für so etwas nur, wenn das mit einer Verbesserung der Milchviehhaltung einhergeht. Die drei Töchter waren inzwischen so alt, dass sich konkrete Berufspläne entwickelten und die wiesen in Richtung Landwirtschaft. Also beschloss der Familienrat vor vier Jahren noch einmal einen ganz großen Sprung, hin zu 500 Kühen,



Jürgen Meenken, Tochter Franziska und der Blick in die ungewisse Zukunft Foto: Schievelbein

von denen 360 mit sechs Melkrobotern gemolken werden, die erstlaktierenden und schwierigen anderen im auch schon zu modernisierenden, zehn Jahre alten Melkstand. Das war nicht nur ein Wachstumsschritt, sondern auch eine soziale und arbeitswirtschaftliche Umstrukturierung. Von den ursprünglich acht Mitarbeitern sind noch fünf übrig geblieben, dazu ist die älteste Tochter Meenkens, Franziska, mit einer Festanstellung eingestiegen. Sie ist für Tierwohl und -betreuung zuständig. „Früher hat beim Melken jeder mal geguckt“, so Meenken, heute müsse man die Anlässe schaffen, um die Tiere im Blick zu behalten. Gleichzeitig ist die Tierbetreuung nun im Wesentlichen in einer Hand, Tierarztkosten konnten reduziert werden. Inzwischen ist der Herdenschnitt wieder bei 10.500 kg, die Bestandsergänzung liegt bei 25 bis 27 %, es gibt eine Galerie mit Auszeichnungen für 100.000-Liter-Kühe. Die Kälber leben in Iglus und später in

Gemeinschaftsbuchten, dem „Kälberdorf“, bevor sie bislang im Alter von rund 130 Tagen zur Jungviehaufzucht in einen Grünlandbetrieb 150 km weit weg in die Altmark gebracht wurden. Diese immer noch aufwendige Alternative löste Oldenburg ab und ermöglichte eine Grünlandaufzucht und vor allem den Erhalt der kompletten Nachzucht. Für den Betriebsleiter in der Altmark bot die Jungviehaufzucht im Lohn eine geringere Arbeitsbelastung nach Aufgabe der Milchviehhaltung. Es war ein eingespieltes und gut funktionierendes System – war, bis jetzt.

### Und jetzt?

Bis jetzt war die Geschichte leicht zu erzählen, wenngleich schon das Entlassen der langjährigen Mitarbeiter ein Einschnitt war. Nun wird es ernst. „34 Cent brauchen wir, um den Kapitaldienst zu leisten und die laufenden Ko-

Fortsetzung Seite 14

## Weniger Menge, mehr Qualität, höhere Preise

Die Europaabgeordnete Maria Heubuch, der Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff und der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Bernd Voß haben einen Vorschlag erarbeitet, um die mittlerweile existenzbedrohende Marktkrise bei Milch zu überwinden. Sie wenden sich direkt an die Agrarminister der EU-Mitgliedsstaaten, die am 7. September zu einer Sondersitzung des EU-Agrarrates in Brüssel zusammenkommen. Neben dem Milchmarkt machen die drei Politiker auch Vorschläge zur Behebung der Krise am Schweinemarkt. Die drei Agrarpolitiker schlagen vor, Milchviehbetrieben einen Bonus zu zahlen, wenn sie für eine begrenzte Zeit ihre Milcherzeugung um fünf bis 20 Prozent drosseln. Die Betriebe trügen damit zur gezielten Entlastung des Marktes bei. Für den entstehenden Umsatzrückgang, so der Vorschlag der grünen Politiker, sollen die Betriebe einen Ausgleich erhalten. Finanziert werden sollte dieser aus den „Superabgaben“. Die Summe der Superabgaben in diesem allerletzten Milchquotenjahr wird auf 700 bis 900 Millionen Euro geschätzt. Damit ließe sich eine Mengenreduzierung um bis zu 4,5 Mio. Tonnen Milch bzw. drei Prozent der EU-Milchmenge erzielen, was eine spürbare Erholung der Preise erwarten ließe. Die Bonuszahlung soll zeitlich begrenzt sein und ausgesetzt werden, sobald sich die Marktlage stabilisiert und die Erzeugerpreise erholt haben. Gleichzeitig wird auf einen Vorschlag des Europäischen Parlaments verwiesen, der vorsieht, für den befristeten Zeitraum einer Bonuszahlung auch gleichzeitig eine Abgabe für die Erzeuger einzuführen, die während dieses Zeitraums ihre Erzeugung um fünf Prozent oder mehr erhöhen. Die drei grünen Agrarpolitiker greifen damit einen Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft auf, die sich ebenfalls für eine Mengenreduktion zugunsten höherer Qualitäten und besserer Preise einsetzt.

# „Fünf Prozent weniger ist kein Problem“

Die Möglichkeiten, Menge auf den Betrieben zu reduzieren, sind bekannt

Die Ansatzpunkte, um auf dem Betrieb die Milchproduktion kurzfristig in geringem Umfang zu senken, sind vielfältig. „Die Möglichkeiten kennen die Bauern“, verweist Christian Krutzinna, Geschäftsführer der Domäne Frankenhausen und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Kassel, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, auf die Kenntnisse auf den Höfen: „Während der Milchquotierung war es ja auch immer wieder nötig zu reagieren, um eine

Überlieferung zu verhindern.“ Fünf oder sogar bis zu zehn Prozent weniger Milch abzuliefern, sei betrieblich gar kein Problem. „Sympathisch“ finden sowohl Krutzinna als auch Ottmar Ilchmann, Milchviehbauer und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Variante, weniger Kraftfutter zu füttern. Die Mengenreduzierung lässt sich so sogar recht genau planen: Ein Kilogramm Kraftfutter erbringt ungefähr ein Kilo-

gramm Milch. „Im Hochleistungsbereich mit hohen Kraftfuttergaben ist die Wirksamkeit geringer“, schränkt Krutzinna die Gültigkeit dieser Faustzahlen ein, „da geht es für den gleichen Effekt um noch mehr Kraftfutter.“ Seiner Einschätzung nach stellt dieses Verfahren aber auch im Hochleistungsbereich kein Problem dar, sondern eher eine gesundheitliche Stabilisierung. Wer dennoch Bedenken habe, die Kühe zu überfordern, könne die Kraftfutterreduzierung zumindest bei altmelkenden Kühen in der zweiten Laktationshälfte durchführen.

weißkonzentrationen zur Ausfütterung der züchterischen Leistungspotentiale als nicht artangepasst und rät zu einer Verknappung der üblichen Mengen, damit der Stoffwechsel der Kühe nicht ständig überfordert wird.

## Vollmilch für Kälber

Eine andere Methode ist die eigene Verwendung eines Teils der erzeugten Milch zur Kälberfütterung. Ökobetriebe aber auch viele konventionelle Höfe setzen grundsätzlich auf Vollmilch statt auf zugekauften Milchaustauscher. Anderen erscheint dieser Weg ungenauer und weniger standardisiert. „Manche befürchten Durchfallprobleme, aber da ist ja dann vielleicht ganz schön zu sehen: Im Biobereich geht es schließlich auch“, so Krutzinna. Für die 100-tägige Aufzucht eines weiblichen Kalbes rechnet er mit 500 bis 600 Liter Vollmilch. „Das sind dann gleichzeitig auch Schritte hin zu einer natürlicheren Ernährung“, fasst Krutzinna die Vorteile der genannten Ansätze zusammen, „zum einen für die Kuh und zum anderen für das Kalb.“ Hinzu kommt die Möglichkeit, sich früher von Kühen zu trennen, die schon zur Schlachtung vorgesehen sind. Oder es kann in Fällen, die sich anbieten, am Ende der Laktation früher trocken gestellt werden – „Wellnesszeit für die Kühe“, wie es eine norddeutsche Milchbäuerin mal ausgedrückt hat. *cw*

## Gesund und Ökonomisch

Ilchmann kennt sogar das Beispiel eines Wachstumsbetriebes aus Brandenburg, dessen Betriebsleiter Timo Wessels auf einer Veranstaltung darstellte, dass er aus ökonomischen Gründen Kraftfutter reduziert hat: Pro Tier werden zwei Kilogramm weniger eingesetzt, die Leistung ging leicht zurück, dafür aber die Tiergesundheit hoch und die Tierärztkosten runter – unter dem Strich lohne sich der Ansatz, berichtete Wessels. Über die Fütterung Milchmenge zu reduzieren, kann auch im Rahmen einer verringerten Eiweißzufuhr gelingen. Der Veterinärmediziner und Professor im Ruhestand, Holger Martens, hält das schon allein aus Tiergesundheitsgründen für den richtigen Weg: Er bezeichnet die hohen Ei-



Auftakt aller Aktionen: AbL-Blockade des DMK Milchwerks in Zeven

Foto: Thomsen

Fortsetzung von Seite 13

sten zu decken“, sagt Meenken und der Schwung ist weg, „25 Cent kriegen wir im Moment. Wir verlieren jeden Monat 20.000 Euro an Liquidität.“ Trotz Biogas und Photovoltaik. Der Versuch, eine Reißleine zu ziehen, war, die Jungviehaufzucht aufzukündigen, die Tiere, die eigene zukünftige Herde, ausgewählte Genetik, zu verkaufen. Das soll bis März finanzielle Luft verschaffen. Und dann? „Uns ist immer suggeriert worden, der Staat, die Beratung steht hinter der Entwicklung, die wir gemacht haben.“ Busladungen haben sich den Betrieb angeguckt, der Bauernverband hat jubiliert. Im Moment nützt Meenken das alles nichts, er kann sich kaum bewegen, Soja füttert er eh schon nicht mehr. Wenn es jetzt um Mengenreduzierungskonzepte geht, ist er auch angewiesen auf die Solidarität anderer Bauern. Meenken war mal aktiver im BDM, vor dem letzten großen Wachstumsschritt. Jetzt sagt auch er „die Menge muss runter“ und meint die Verantwortung der Bäuerinnen und Bauern. „Ein paar Kühe eher trockenzustel-

len, ein paar Altkühe eher zum Schlachter zu bringen, das kann jeder!“ Gleichzeitig hält er nach wie vor die Bündelung der Milch unter den Bauern für den richtigen Weg, um den Molkereien anders gegenüber treten zu können. „Solange wir nicht bündeln, gibt es kein Ende des Gegeneinander-Ausspiels.“ Er glaubt nicht an die Exportmärkte des Bauernverbands in Fernost und will eine Deckelung der Agrarzahlen bei großen Betrieben. Natürlich denkt er über betriebliche Alternativen nach, zwei Jahre Bioumstellung sind finanziell kaum durchzuhalten, eine regionale Milchvermarktung ist nur langsam aufbaubar. Die allseits propagierte Spezialisierung erweist sich als Sackgasse. Wengleich die Entwicklung politisch gewollt ist, nicht zufällig, aber mitnichten dazu dient, bäuerliche Existenzen zu erhalten. „Wo ist das Leitbild?“, fragt Meenken auch ein bisschen rhetorisch. Sein Handlungsspielraum ist gerade äußerst begrenzt, für jemanden, der so gerne die Dinge selbst in die Hand nimmt, ist das vielleicht die schwierigste Erfahrung. *cs*

## Bedarfsorientierte Mengenregulierung

Die Milchbauern der Upländer Bauernmolkerei haben für den Fall einer Überversorgung gemeinsame Regeln festgelegt. „Zur Zeit haben wir zu wenig Milch, wir könnten mehr verkaufen“, betont Josef Jacobi, Milchbauer, Mitgründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Upländer Bauernmolkerei. Die Nachfrage im Biomilchbereich ist hoch, die Erzeugerpreise mit 46 Cent pro Liter Milch und vier Prozent Fettgehalt stabil. Zum Umgang mit der absetzbaren Menge Milch haben die Bäuerinnen und Bauern als Eigentümer der Molkerei verschiedene Marktsituationen mitbedacht und Regeln festgelegt: Grundsätzlich sind die Mitglieder über eine anlieferungsbezogene Einlage beteiligt und verfügen über das Lieferrecht für die entsprechende Milchmenge. Wer auf Dauer mehr liefern möchte, könnte dies einfach so tun - oder einen Antrag auf Erhöhung der Liefermenge stellen. Wenn die Marktlage langfristig eine hohe Nachfrage und gute Absatzchancen erkennen lässt, kann der Vorstand der Milcherzeugergemeinschaft (MEG) dies genehmigen. Die Bäuerin oder der Bauer erhöht dann die Einlage entsprechend und damit das Lieferrecht. Für den Fall, dass zu viel Milch auf dem Markt vorhanden ist und Milch auf dem Spotmarkt verkauft werden muss, besteht die Möglichkeit, bei überlieferten Mengen Abschlüsse zu machen. „Das heißt, für diese Menge wird ein geringerer Preis ausgezahlt, mit dem Ziel, dass entsprechend weniger angeliefert wird. Das haben wir immer verstanden unter einer bedarfsorientierten Mengenregulierung“, erklärt Jacobi das Vorgehen, das seit Bestehen der Bauernmolkerei einmal genutzt wurde. Karin Artzt-Steinbrink, Geschäftsführerin von MEG und Molkerei, fügt hinzu: „Auf diese Weise sind die Bauern näher an der Vermarktungssituation der Molkerei dran und liefern nicht nur ab soviel sie können. Sie machen sich Gedanken über die Mengen. Wer überliefert, muss damit rechnen, dass er in manchen Marktsituationen dafür weniger bekommt.“ *cw*



# Nun gibt es eine Fristsetzung

Trotzdem müssen Züchter sortenspezifisch zum Nachbau anfragen

Es deutete sich ja schon an, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) diesmal nicht der Argumentation der IG Nachbau und den Bauern und Bäuerinnen folgen würde, nachdem der Generalanwalt seinen Schlussantrag formuliert hatte. Meist folgen ihm die Luxemburger Richter. Er hatte also dargelegt, dass er die Interessen der Pflanzenzüchter in Sachen Nachbaugebühren für kaum durchsetzbar halte, wenn es nicht eine Frist gebe, in der die Bauern und Bäuerinnen spätestens Nachbaugebühren zahlen sollten. Bei dieser Frist hielt er ein Wirtschaftsjahr für angemessen. Ähnliche Stellungnahmen hatten die EU-Kommission und die niederländische Regierung abgegeben, die spanische Regierung lehnte eine Fristsetzung ab und folgte damit der Argumentationslinie der IG Nachbau und ihren Anwälten. Das Mannheimer Landgericht hatte in einem lau-

fenden Verfahren genau diese Fragen – sollte es eine Frist geben und wenn ja, welche – im Zusammenhang mit der Zahlung von Nachbaugebühren dem Europäischen Gerichtshof (EUGH) vorgelegt. Die Luxemburger Richter sahen es nicht als angemessen an, dass die Bauern und Bäuerinnen schon vor der Aussaat von Erntegut den Züchtern zur unaufgeforderten Zahlung von Nachbaugebühren verpflichtet sind, wohl aber danach. Gleichzeitig sollte man aber bedenken, dass eigentlich nicht die ganze Rechtsprechung der vergangenen Jahre ausgehebelt werden darf.

**Schadensersatz oder nicht?** Das heißt, die Pflanzenzüchter sind nach wie vor verpflichtet, sortenspezifische Anhaltspunkte vorzulegen, nur dann können sie Nachbaugebühren abfragen und könnten, falls diese nicht in der Einjahresfrist gezahlt

wurden, Schadensersatz aufgrund einer Sortenschutzverletzung geltend machen. Das ist eine unschöne Verschiebung der Anspruchsmöglichkeiten zu Gunsten der Züchter, sollte aber trotzdem nun nicht jeden Bauern und jede Bäuerin dazu verleiten, unaufgefordert zu zahlen. Wie gesagt, die Rechtsprechung, dass die Pflanzenzüchter nicht pauschal, sondern mit sortenspezifischen Anhaltspunkten anfragen müssen, behält ihre Gültigkeit. Umso wichtiger wird es nun, Aufbereitern nicht den Sortennamen zu nennen, wenn das eigene Getreide dort zur Reinigung ist. Die Frage, ob der Aufbereiter womöglich aufgrund der Saatgutaufzeichnungsverordnung – welche eigentlich nicht im Sortenschutzbereich angesiedelt ist – verhandelt der Bundesgerichtshof dieser Tage. Es bleibt also spannend. cs



## Saatgut-Roulette

Syngenta steht derzeit bei den Agrarkonzernen hoch im Kurs. Im Mai hatte der US-Gentechnik-Konzern Monsanto ein Übernahmeangebot für den Schweizer Konzern Syngenta in Höhe von 41 Mrd. Euro abgegeben. Gleichzeitig soll sich auch der deutsche BASF-Konzern bereits Kredite bei großen Banken gesichert haben, um Monsanto Paroli zu bieten, mit 45 Mrd. Euro. Syngenta-Chef Mike Mack lehnt beides ab: „Wir haben 2011 nein gesagt, wie haben 2012 nein gesagt, wir haben 2015 nein gesagt. Welchen Teil von nein verstehen Sie nicht?“ Gegen die geplanten Fusionen formiert sich Widerstand. In den USA wollen verschiedene Bauern- und Verbraucherverbände gemeinsam Einwände gegenüber dem Justizministerium erheben, das über eine Monsanto-Syngenta-Fusion entscheiden müsse. „Ein Zusammenschluss würde den Wettbewerb in einem ohnehin schon hochkonzentrierten Markt weiter verringern“, erklärte Roger Johnson, Präsident des US-Bauernverbands National Farmers Union. Deshalb werde man energisch gegen die Fusion kämpfen. Auch der brasilianische Soja-Bauernverband ist beunruhigt, da, so deren Aussage, eine Fusion den Markt verzerren würde. Monsanto ist bereits die Nummer eins des Saatguthandels, Syngenta die Nummer eins im Pestizidgeschäft. Sechs Firmen beherrschen 75% des globalen kommerziellen Saatgut- und Pestizidmarktes. Käme es doch zum Deal zwischen Monsanto und Syngenta wären es nur noch fünf. av

# TTIP in Berlin stoppen!

Demonstration gegen Freihandelsabkommen am 10. Oktober

Den Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP zwischen der Europäischen Union und Kanada bzw. den USA zeichnet aus, dass er von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen wird. Kaum ein anderes Thema wurde in der jüngeren Vergangenheit von so vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Nichtregierungsorganisationen kritisch beäugt wie das Thema Freihandel. Deshalb rufen nun mehr als 20 Organisationen – Gewerkschaften, Umweltverbände, Kirchen – zu einer Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin auf. Skepsis und Widerstand gegen CETA und TTIP gibt es aber nicht nur in Deutschland und anderen europäischen Ländern, sondern auch jenseits des Atlantiks bei den potentiellen Vertragspartnern. Auch dort ist ein zentraler Kritikpunkt die Machtverschiebung zugunsten multinationaler Konzerne. In einem Artikel der Washington Post befürchtet die demokratische Kongressabgeordnete Elisabeth Warren einen Verlust an staatlicher Souveränität, wenn Regierungen künftig immer mehr Steuergelder dafür verwenden müssen, Schadensersatzzahlungen an Konzerne zu leisten, die vor den internationalen Schiedsgerichten (ISDS), die mit den Freihandelsabkommen als alternative Gerichtsbarkeit eingeführt werden sollen, ihre Interessen durchgesetzt haben. Diese Schiedsgerichte wurden schon in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ein-

geführt, ursprünglich um das Engagement von westlichen Unternehmen in Ländern des Südens mit unsicheren Rechtssystemen und instabilen oder undemokratischen Regierungen abzusichern. Ob das damals seine Berechtigung hatte und damit tatsächlich ein Mehr an wirkungsvoller Entwicklungshilfe initiiert wurde, bleibt dahingestellt. Heute hingegen wird das Instrument fast ausschließlich von multinationalen Konzernen dazu genutzt, Regressansprüche an Regierungen westlicher Industriestaaten zu stellen. Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland in Sachen Atomausstieg, Eon gegen Spanien aufgrund einer geänderten Solarstromförderung, Phillip Morris gegen Uruguay, weil dort ein strengeres Verbraucherschutzrecht in Bezug auf das Rauchen

eingeführt werden soll. Die Anzahl der Fälle, die vor dem bei der Weltbank angesiedelten Schiedsgerichtshof verhandelt werden, ist seit den 90er Jahren sprunghaft angestiegen, meist geht es um Klagen gegen Umwelt- oder Verbraucherschutzrechte. In den Entscheidungsgremien sitzen keine unabhängigen Richter, sondern von Unternehmen hoch bezahlte Anwälte, die im Rollentausch mal Vertreter einer Seite, mal Richter sind. Alles in allem keine vertrauenerweckenden Aussichten für die Bürger dies- und jenseits des Atlantiks. Das haben in Europa inzwischen fast 2,5 Mio. Menschen durch ihre Unterschrift für eine selbstorganisierte Bürgerinitiative deutlich gemacht. Einige von ihnen werden es auch auf der Demonstration in Berlin vertreten. cs



Gegen TTIP zu demonstrieren, ist auch Widerstand gegen (Saatgut-) Konzerne.

Foto: Engelke

# Gezielt Bienen helfen

Imkerliche Bewertung von Agrarumweltprogrammen

Landwirte haben viele Möglichkeiten, die Honigbiene und natürlich auch andere Insekten zu fördern. Sie können gezielt Trachtpflanzen in ihre Fruchtfolgen einbauen, also Pflanzen, die Nektar oder Pollen – oder am besten beides – spenden. Mit Hecken, ungenutzten Böschungen und ungemähten Wegrändern bieten sie wertvolle „Trachtinseln“. Außerdem retten sie viele Bienen vor dem Mäh-Tod, wenn sie beim Mähen oder Mulchen von Grünland, Futterbau- und Stilllegungsflächen den richtigen Zeitpunkt und die geeignete Technik wählen. Die wichtigste Devise auf den Feldern heißt: Viele blühende Pflanzen so lange wie möglich! Eine „Massentracht“ wie Raps, der zwei bis drei Wochen im Jahr blüht, füllt zwar kurzfristig die Honigräume im Bienenvolk und die Gläser des Imkers, sichert den Bienen aber nicht das Überleben. Denn Bienen brauchen während der gesamten Vegetationszeit Nektar und Pollen – besonders im Spätsommer, um gut genährt in den Winter zu gehen. Die Agrarumweltprogramme der Bundesländer bieten finanzielle Unterstützung für Landwirte, die Maßnahmen für eine blütenreiche Kulturlandschaft umsetzen. Sie entlohnen sozusagen den Mehraufwand für Leistungen zum Schutz und zur Entwicklung von Boden, Wasser, Luft, Landschaftsbild und Biodiversität. Einige dieser geförderten Maßnahmen sind für Blütenbesuchende Insekten von besonderer

Bedeutung und werden im Folgenden vorgestellt. Die Anlage von ein- und mehrjährigen Blühflächen dient gezielt der Förderung von Blütenbesuchenden Insekten sowie anderen Nützlingen. Gefördert wird die Aussaat von Mischungen aus verschiedenen standortangepassten Arten, die als Wirts-, Nahrungs- oder Schutzpflanzen dienen können. Bei den mehrjährigen Blühmischungen besteht inzwischen in acht Bundesländern die Vorgabe, gebietsheimisches Saatgut zu verwenden. Mehrjährige Blühmischungen sind ökologisch wertvoller, da sie durch ihren hohen Wildblumenanteil auch den Wildbienen und Schmetterlingen entgegenkommen und Überwinterungsstrukturen für Insekten sowie Futter für Samen verzehrende Vogelarten bieten. Vorreiter in der Förderhöhe bei mehrjährigen Blühstreifen ist Niedersachsen mit 875 €/ha und Jahr.

## Anbau von Zwischenfrüchten

Diese Maßnahme ist äußerst wirkungsvoll für die Nahrungsversorgung im Spätsommer. Nach der Ernte von Getreide oder Raps werden die Zwischenfrüchte gesät. Üblicherweise werden dazu meist relativ spät Senf, Ölrettich und teilweise auch Phacelia in Reinsaat verwendet. Sinnvoller sind aber Mischungen, am besten aus Senf, Ölrettich, Phacelia, Buchweizen, Kleearten und Wicken. Die Förderprogramme machen hier teilweise keine

Vorschriften, der Experimentierfreude sind also keine Grenzen gesetzt. Die Aussaat sollte so früh wie möglich erfolgen. Neben den Blütenbesuchern profitiert das Bodenleben und damit unmittelbar auch der Landwirt von dieser Maßnahme. Der Anbau von Zwischenfrüchten wird bundeslandabhängig mit Summen zwischen 65 und 150 €/ha gefördert.

## Gewässer- und Ackerrandstreifen

Durch den Verzicht auf Düngung und auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln können solche Schonstreifen einen Beitrag als Trittsteine im Biotopverbund leisten und damit die Situation von Blütenbesuchenden Insekten verbessern. Zwischen 120 und 920 €/ha werden je nach Bundesland dafür aufgewendet.

## Streuobstwiesen

Streuobstwiesen stellen einen der artenreichsten Lebensräume überhaupt dar. Wird der Unterwuchs extensiv bewirtschaftet, so finden die für die Obstbestäubung so wichtigen Honigbienen und Wildbienen auch nach der Obstblüte noch ein Auskommen und können ihre Bestäuberdienste Jahr für Jahr weiter leisten. Die meisten Bundesländer zahlen um die 6 € pro gepflegtem Baum.

## Extensive Grünlandnutzung

Blühende Wiesen und Weiden sind heute in vielen Regionen eine Seltenheit geworden. Der einstige Blütenreichtum ist einerseits durch Nutzungsintensivierung, andererseits durch Nutzungsaufgabe bedroht. Deshalb werden Landwirte bei der extensiven Bewirtschaftung von Grünland (sowohl Mahd wie Beweidung) in allen Bundesländern unterstützt. Die Förderprogramme zur Grünlandnutzung sind sehr detailliert und regional unterschiedlich. Differenziert wird z. B. nach Vorkommen von bestimmten Pflanzenarten, Schnittzeitpunkten, Heu- oder Silagegewinnung, Düngung, Viehbesatz, Verwendung von tierschonender Mahdtechnik (Messerbalken) sowie nach Gebietskulissen. In sensiblen Bereichen, wie beispielsweise Überschwemmungsgebieten oder Natura-2000-Gebieten, wird außerdem die Umwandlung von Ackerflächen in



Bienen brauchen Blüten

extensiv zu nutzendes Grünland gefördert. Die Basissätze liegen zwischen 100 und 220 €/ha.

## Ökolandbau

Die ökologische Form der Landwirtschaft hat nachgewiesenermaßen besonders positive Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Wer seinen Betrieb umstellen möchte, kann sowohl für die Umstellung als auch für die Beibehaltung des Biolandbaues bei Acker- und Grünland mit Fördersummen bis zu 400 €/ha rechnen. Darüber hinaus beteiligen sich die Länder mit bis zu 600 € pro Betrieb und Jahr an den jährlich anfallenden Kontrollkosten. Dieser kurze Abriss soll eine Anregung und Hilfestellung sein, mit der sich Landwirte an die zuständigen Ämter wenden können, um detaillierte Auskünfte zu erhalten. Auf der Homepage des Netzwerkes Blühende Landschaft ist außerdem eine Tabelle mit den aktuellen Fördersätzen für die insektenfreundlichsten Agrarumweltmaßnahmen jedes einzelnen Bundeslandes zu finden (<http://bluehende-landschaft.de/nbl/nbl.handlungsempfehlungen/nbl.landwirtschaft/index.html>). Da die Programme z. T. noch überarbeitet werden, besteht bei den Angaben jedoch keine Gewähr auf Vollständigkeit und Exaktheit. Viele der Bundesländer bieten also attraktive Möglichkeiten zur Gestaltung einer blühenden Land(wirt)schaft. Leider werden diese Programme noch zu wenig genutzt. Oft liegt es an einem hohen bürokratischen Aufwand und auch daran, dass die umfangreichen Förderprogramme mit ihren laufenden Veränderungen sowie die Vereinbarkeit mit den Greening-Auflagen schwer zu überschauen sind. Welche Maßnahmen konkret für den individuellen Betrieb förderfähig sind, lässt sich aber bei den zuständigen Landwirtschaftsämtern klären, die bei der Antragstellung behilflich sind.

Anne-Kathrin Spatz, Barbara Heydenreich, Anna Kohnle,  
Netzwerk Blühende Landschaft  
[info@bluehende-landschaft.de](mailto:info@bluehende-landschaft.de)



Streifenweise Blütenpflanzen

Fotos: NBL



# Landwirt im Nebenberuf

Ein Interview mit Karl Fuchs, Landesvorsitzender des Verbands der Landwirte im Nebenerwerb e.V.

**Unabhängige Bauernstimme: Herr Karl Fuchs, Sie sind der Landesvorsitzende des Bayerischen Landesverbands der Landwirte im Nebenerwerb e. V. Wann wurde Ihr Verband gegründet?**

Karl Fuchs: Der Landesverband der Landwirte im Nebenerwerb e. V. wurde bereits 1973 gegründet und versteht sich als das politische Sprachrohr der 65 % Klein- und Nebenerwerbslandwirte in Bayern. Bei regelmäßigen Vorsprachen in München, Berlin und Brüssel konnten wir erhebliche Verbesserungen erreichen.

**Wie sieht die betriebliche Situation bei Ihren Mitgliedern aus?**

Unsere Mitglieder sind sowohl in Grünland- wie in Ackerbaugebieten angesiedelt und betreiben dort ihre Betriebe. Leider muss man feststellen, dass es den typischen kleinen Milchviehbetrieb mit drei bis 15 Kühen nicht mehr gibt. Diese Betriebe haben entweder verpachtet oder arbeitsexensive Formen gewählt. Vor allem wurde auf Mutterkuhhaltung und Färsenmast umgestellt. Die meisten Kleinbetriebe sind schon seit Generationen im Nebenerwerb. Auf Grund der schlechten Einkommenssituation in der Landwirtschaft aber gehen immer mehr auch schon mittlere Betriebe in den Nebenerwerb.

**Wenn Sie ein Verband der Nebenerwerbsbetriebe sind, dann haben die Mitglieder noch andere Berufe. Welche sind das?**

Unsere Nebenerwerbslandwirte sind in allen Berufsgruppen zu finden. Noch vor 20 Jahren waren die meisten in der heimischen Bauwirtschaft tätig, weil es dort meist möglich war, in der Erntezeit kurzfristig einige Tage Urlaub zu nehmen. Inzwischen gibt es aber auch andere Berufsgruppen. Eine alte Forderung unseres Verbandes ist die Ansiedlung von qualifizierten Arbeitsplätzen auf dem Land. Im Zeitalter der Vernetzung kann man z. B. Verwaltungsarbeiten fern von den Ballungsräumen vom PC aus erledigen. In den Großstädten können sich viele die teuren Wohnungen nicht mehr leisten. Die Nachteile in den überbevölkerten Ballungsräumen sind allseits bekannt. Nebenerwerbslandwirte sind auf Grund ihrer Einstellung und Denkweise als selbständige Landwirte auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt.

**Wie sieht es mit den Größen Ihrer Mitgliedsbetriebe aus?**

Die Betriebsgrößen gehen von nur ein paar Hektar bis ca. 50 Hektar in den Ackerbaugebieten. Da aber sehr viele kleine Betriebe bei Generationswechsel aufgegeben haben, ist die Durchschnittsgröße in den vergangenen Jahren gestiegen. Des Öfteren kann man feststellen, dass Söhne, die einen lukrativen Beruf in der Ferne haben, den Betrieb nicht mehr übernehmen. Das geringe Einkommen eines Kleinbetriebes und der Arbeitsaufwand stehen in keinem Verhältnis zu einem gehobenen außerlandwirtschaftlichen Beruf.

**Welche Bedeutung hat die Hofabgabeklausel für Nebenerwerbsbetriebe?**

Die Hofabgabeklausel ist uns ein Dorn im Auge. Für Betriebe, bei denen die Hofabgabe noch nicht geklärt ist,

dies eine ungehörige Einmischung der Politik in das Familienleben.

**Welche Forderungen haben Sie bezüglich der Sozialabgaben in der Landwirtschaft?**

Unsere langjährigen Forderungen, die wir immer wieder an die Politiker herantragen, sind z. B. Änderungen bei der Zuschussung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Einen Zuschuss gibt es erst ab einem Beitrag von 305 €. 85 % der Berufsgenossenschaftsmitglieder zahlen den Mindestgrundbeitrag und bekommen keinen Zuschuss. Der Grundbeitrag wird nächstes Jahr von 60 auf 80 € angehoben. Die Beitragsgestaltung wird ausschließlich von der Großbauernlobby in der Berufsgenossenschaft festgelegt. Diese 85 % der Kleinbetriebe sind nicht Mitglied in der Vertreterver-

Ausnahmen gemacht werden müssen. Nebenerwerbslandwirte haben in engen Dorflagen oft nicht die Möglichkeit, notwendige Wirtschaftsgebäude zu errichten. Sie bräuchten aber Unterstellmöglichkeiten für die Maschinen oder Ställe im Außenbereich. Ein Vollerwerbslandwirt bekommt immer die Möglichkeit, einen Stall oder eine Halle im Außenbereich zu errichten. Obwohl diese Bauten heute auch einer Industriehalle ähneln, werden sie genehmigt. Auch gibt es oft Klagen über überzogene Forderungen der Veterinärämter.

**Welche Rolle spielt die Vermittlung von Ferienwohnungen bzw. die Direktvermarktung?**

Ferienwohnungen oder Urlaub auf dem Bauernhof sind ein weiteres Einkommensstandbein. Viele Betriebe haben darin investiert. Wenn es arbeitstechnisch möglich ist, bringt die Selbstvermarktung der eigenen Erzeugnisse ein zusätzliches Einkommen. Es gibt eine ansehnliche Anzahl unserer Mitglieder, die die Nachzucht aus der Mutterkuhhaltung selber schlachten und vermarkten. Auch bei den Schaf- und Wildhaltern ist dies üblich.

**Wie stellen sich Ihre Mitglieder zur Agrotechnik und den derzeit diskutierten Freihandelsabkommen TTIP und CETA?**

Die Einführung der „Grünen Gentechnik“ lehnen wir grundsätzlich ab, ebenso die Einführung des Handelsvertrages TTIP. Wir sind der Überzeugung, dass uns hier die Amerikaner über eine Hintertüre die Gentechnik andrehen wollen. Ein Vertrag, bei dem die Staaten und die Gerichte kein Mitspracherecht haben, kann nicht gut sein.

**Welche gesellschaftliche Bedeutung haben die Betriebe Ihrer Mitglieder?**

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die landwirtschaftlichen Klein- und Nebenerwerbsbetriebe erhaltungswürdig sind. Auf Grund des hauptberuflichen Einkommens müssen unsere Mitglieder nicht den letzten Euro aus ihrem Grund herausholen und können deshalb umweltgerechter wirtschaften.

*Vielen Dank für das Gespräch*

*mn*



Karl Fuchs, Landesvorsitzende des Bayerischen Landesverbands der Landwirte im Nebenerwerb e. V. mit dem bayrischen Landwirtschaftsminister Helmut Brunner  
Foto: LiN

ist dies eine besondere Härte. Sie steht nicht selten einer Hofübergabe im Weg. Polizeibeamte oder sonstige Staatsbedienstete müssen zuerst ihren Dienst in den Ballungsräumen ableisten und bekommen erst als Familienväter eine Dienststelle in Wohnortnähe. Der Alt-sitzer wäre in diesem Fall gerne bereit, den Hof so lange weiterzuführen, bis er an den Sohn übergeben kann. In keiner anderen Rentenversicherung in ganz Europa gibt es diese Einschränkungen. Wir Nebenerwerbslandwirte finden

sammlung bzw. in der Vorstandschaft. Ein ebenso großer Nachteil ist auch die Verpflichtung zur Bäuerinnenrente.

**Welche Benachteiligungen sehen Sie für Nebenerwerbslandwirte bei der Betriebsentwicklung?**

Das Bauen im Außenbereich wird den Nebenerwerbslandwirten oft von den Landratsämtern, aber auch manchmal von den Landwirtschaftsämtern, verwehrt. Minister Brunner aber ist der Meinung, dass in berechtigten Fällen

# Der Wolf ist zurück

Einst bis zur Ausrottung gejagt hat sich der heute geschützte Jäger wieder in Deutschland angesiedelt

Noch vor einigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass eine Gruppe von Kindern im Waldkindergarten Betreuer und Eltern in Aufregung versetzt, weil sie berichtet, beim Spielen einen Wolf gesehen zu haben. „Die gibt's doch nur im Märchen.“ Und aller Wahrscheinlichkeit nach, so jedenfalls der Schluss von Eltern und Betreuer, entsprang auch dieser Wolf nur einer kindlichen Phantasie.

Der Wolf galt in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts als ausgestorben. Einzelne von Polen aus eingewanderte Tiere wurden konsequent abgeschossen. Seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 steht der Wolf in ganz Deutschland aber unter Schutz. Um genau zu sein, sind wildlebende Wölfe in Deutschland national und international durch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen, die Berner Konvention, die FFH-Richtlinie Anhang II und IV sowie das Bundesnaturschutzgesetz und die Bundesartenschutzverordnung geschützt. So verbietet das Bundesnaturschutzgesetz zum Beispiel, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG).

## Erste Welpen

In der Folge der Unterschutzstellung gelang es im Jahr 2000 einem Wolfspaar, sich in der Lausitz anzusiedeln und Welpen großzuziehen. Seitdem haben sich in der Lausitz und darüber hinaus weitere Wolfsrudel eta-

bliert. Auch die Kinder des Lüneburger Waldkindergartens könnten einen Wolf des auf dem Truppenübungsplatz Munster lebenden Rudels gesehen haben.

Im letzten Monitoringjahr (2013/2014) waren in Deutschland insgesamt 25 Wolfsrudel, acht Wolfspare und drei sesshafte Einzelwölfe bestätigt. Das Monitoringjahr orientiert sich am Fortpflanzungszyklus der Wölfe und geht vom 1. Mai bis zum 30. April des darauf folgenden Jahres, also vom Zeitraum der Geburt der Welpen bis zum Ende ihres ersten Lebensjahres. Leider sind die offiziellen Zahlen vom Monitoringjahr 2014/15 erst im Oktober zu erwarten.

## Mit- oder Gegeneinander

Der Wolf ist zurück. Das zeigen die aktuellen Zahlen deutlich. Bisher kommen territorial lebende Wölfe in den Bundesländern Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen vor. Aus den elterlichen Rudeln abwandernde Tiere (ab Ende des zweiten Lebensjahres) sind zum Teil sehr mobil und legen weite Strecken zurück. Auf ihren Wanderungen sind sie bereits in weiteren Bundesländern aufgetaucht, insbesondere in Schleswig-Holstein, aber auch in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern, ohne sich dort jedoch dauerhaft anzusiedeln. Vieles hinsichtlich der Konsequenzen der Rückkehr ist noch unklar. Welche Auswirkungen wird die Rückkehr auf die Bestände von Rot- und Schwarzwild haben? Könnte der Wolf den sprunghaften Anstieg der Wildschwein-

populationen bremsen? Kommen wir durch ihn in den Wäldern wieder zu einer Rotwildichte, bei der eine Naturverjüngung des Waldes eine Chance hat? Es könnte sein, dass der Wolf hier aus dem Gleichgewicht Gebrachtes wieder ordnet.

## Lamm und Kalb

Aber zu der erfolgreichen Rückkehr gehört auch, dass der Wolf für ungeschützte Nutztiere eine Gefahr und somit für die Tierhalter ein Problem darstellen kann. Während eine Reduktion der Wildschweine durchaus wünschenswert wäre, gilt dies selbstverständlich nicht für auf der Weide stehende Schafe und Rinder. Der Wolf allerdings macht zwischen Wild- und Nutztieren keinen Unterschied.

Mögliche Schutzmaßnahmen sind Elektrozaune. Hierbei bieten die bei Schafen oft verwendeten Elektronetze schon einen relativ guten Schutz, wenn die Wölfe sich nicht unter dem Zaun durchgraben können oder gelernt haben, darüber zu springen. Anders sieht es bei Rindern aus. Die Koppeln sind nur zum Teil mit Elektrozaun versehen. Stacheldraht hält einen Wolf nicht auf und auch eine in der Regel mit einer oder zwei Litzen gezäunte Koppel bietet keinen Schutz, da der Wolf unter den Litzen durchschlüpfen kann. Auf der Internetseite des Kontaktbüros „Wolfsregion Lausitz“ (<http://www.wolfsregion-lausitz.de>) empfiehlt man: „Elektrozaune mit einer Höhe von mindestens 90 cm Höhe, entweder als Weidezaunnetz (sog. Euro-Netze) oder Litzenzaun mit mindestens fünf Litzen, bieten einen guten Schutz gegen Wölfe“.

## Herdenschutzhunde

Eine weitere Möglichkeit ist es, die schon vor hunderten von Jahren genutzten Herdenschutzhunde zur Bewachung einzusetzen. Als Rassen kommen vor allem der Pyrenäenberghund und der Maremano zum Einsatz. Die Hunde werden mit der Herde gehalten, wachsen im Optimalfall in ihr auf und begreifen sich als ein Teil von ihr. Im Falle eines Angriffs durch Tier oder auch Mensch stellen sie sich zwischen den Eindringling durch Verbellen zu vertreiben. Vorteilhaft dabei ist das große, massige Erscheinungsbild der beiden Hunderassen. Neben dem zusätzlichen Management der Schutz-

hunde verursachen diese durch Anschaffung und vor allem Futter dem Tierhalter auch Kosten. Bisher gibt es für die Haltung der Hunde noch keine Unterstützung von staatlicher Seite. Der Internationale Tierschutz-Fonds (IFAW), der sich seit Jahren für ein friedliches Nebeneinander von Wölfen, Menschen und Landwirtschaft einsetzt, hat deshalb Schäfern und ihren Herdenschutzhunden mit Hilfe des Futtermittelherstellers Almo Nature fast 30 Tonnen Hundefutter gespendet, die noch bis Ende 2015 an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Herdenschutzhunde e. V. verteilt werden. Für Schäfermeister Kucznik, Erster Vorsitzender der AG, ein erstes positives Signal. „Das ist das erste Mal, dass so direkte Hilfe zu den Hirten kommt. Das freut uns natürlich und macht es einfacher, die Rückkehr des Wolfes zu akzeptieren. Dringend notwendig ist aber, dass dies auch von staatlicher Seite gesehen wird. Wir hoffen, dass nach der Unterstützung durch den IFAW die Hilfe weiter geht. Wir sehen hier jeweils das entsprechende Bundesland in der Pflicht, für die Anschaffung und Haltung von Herdenschutzhunden finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen“, sagt Schäfermeister Kucznik.

## Finanzielle Unterstützung

Bundesländer, in denen der Wolf dauerhaft präsent ist, haben reagiert und Managementpläne entwickelt, um das Miteinander zwischen Mensch (also auch Nutztierhalter) und Wolf zu regeln und zu erleichtern. Teil dieser Pläne sind Empfehlungen von Herdenschutzmaßnahmen als Voraussetzung für Entschädigungszahlungen bei Nutztierverslusten durch den Wolf sowie Regeln zum Umgang mit verhaltensauffälligen Wölfen. Nutztierhalter in Wolfsregionen können inzwischen auch finanzielle Unterstützung für einen präventiven Herdenschutz beantragen.

Der Wolf, so ist zu erwarten, wird sich auch in den kommenden Jahren weiter ausbreiten. Vor allem die Weidewirtschaft ist davon direkt betroffen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Nutztierhaltern, Umwelt- und Tierschützern sowie den Behörden und eine unbürokratische Schadensregulierung im Fall eines gerissenen Nutztieres könnten dazu beitragen, die Akzeptanz für den Wolf auch bei Landwirten und Tierhaltern zu erhöhen. mm



Der Wolf ist nach Deutschland zurück gekehrt

Foto: paukereks/pixelio.de





Heile Hühnerwelt unter Obstbäumen

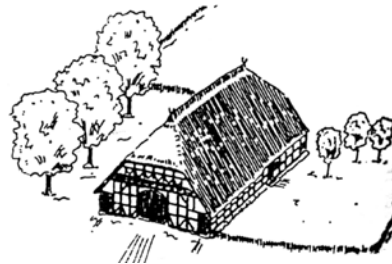
Foto: Joujou/pixelio.de

## Keine Eier kaufen

Foodwatch untersucht Eierbranche

Die klassische Legebatterie ist abgeschafft, die Art der Haltung von Hühnern zur Eierzeugung muss seit rund zehn Jahren auf jedem Ei gekennzeichnet sein. Aus Verbrauchersicht kommt kein anderes tierisches Produkt neben dem Ei dem gesellschaftlich gewachsenen Wunsch nach tiergerechter Haltung oder mindestens nach Einblick in die Art der Haltung nach. Dass diese Transparenz hilfreich ist, aber nicht ausreicht, um vorhandene Missstände aufzuzeigen und zu beheben, verdeutlicht der Report der Verbraucherorganisation Foodwatch. Kaum eine andere Branche in der Lebensmittelherstellung ist so konzentriert und damit von einigen wenigen Playern dominiert wie die Eierbranche, in Deutschland sind es fünf Familienimperien. Konventionelle Hühnerbarone, die schon zu Zeiten der Legebatterien den Markt beherrschten und Erzeugung und Vermarktung von Eiern im Wesentlichen unter sich aufteilten, sind auch die entscheidenden Akteure auf dem heutigen differenzierten Markt mit Eiern aus so genannten ausgestalteten Käfigen, die fast ausschließlich in die Verarbeitung gehen, und Eiern aus Boden-, Freiland- und Biohaltung. Die Eierzeugung, egal in welchem Haltungssystem, erfolgt im Wesentlichen durch die gleichen Akteure und in großen Einheiten. Foodwatch konstatiert dementsprechend, dass Verbraucher, die mit ihrem Eierkauf bestimmte Haltungsformen und Strukturen ablehnen wollen, zumindest im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel kaum Chancen dazu haben. Auch mit dem Kauf eines Bioeies im Supermarkt landet Geld in den meisten Fällen in der Kasse eines Firmenkonstruktes, das Hühner in allen möglichen Aufstallungsformen hält. Ausgerechnet Ökoeier gehören mit einem Marktanteil von zehn Prozent zu den erfolgreichsten Bioprodukten. Gleichzeitig ist es gerade die Ökoeierzeugung im großen Stil für den konventionellen Lebensmitteleinzelhandel, die durch Missstände die gesamte Bioerzeugung in der Vergangenheit geschädigt hat. Kranke Hühner, nicht zugängliche Ausläufe, Überbe-

legung – all die Bilder stammten ausnahmslos aus Ställen im 10.000er Bereich im Besitz klassischer Hühnerbarone und nicht aus einer bäuerlichen ökologischen Hühnerhaltung. Der Foodwatch-Report macht dafür auch das Kontrollsystem verantwortlich, das gekennzeichnet ist von einem Abhängigkeitsverhältnis der Kontrollstellen von den beauftragenden Eierzeugern. Angeführt werden Berichte, die nach Skandalen von übergeordnet kontrollierenden Landesbehörden angefertigt wurden und die ein Wegsehen der Kontrollstellen dokumentieren. Zwar ist in der Ökoeierzeugung das Amputieren der Schnäbel, wie es in der konventionellen Haltung nach wie vor Standard ist, verboten, die Tötung männlicher Eintagsküken betrifft aber auch die Biohaltung. Ebenso wie die Problematik, dass fast ausschließlich sehr empfindliche Hochleistungsrassen in den Ställen zum Einsatz kommen, die auf jede kleine Störung oder Futterunregelmäßigkeit mit Problemen reagieren. So zieht Foodwatch das Fazit, dass der Verbraucher sich zwar durch die Eierkennzeichnung über die Art der Haltung informieren kann, aber keinerlei Infos über die Tiergesundheit oder die Betriebsgröße erhält. Abhilfe soll durch umfangreiche rechtliche Änderungen auf europäischer Ebene geschaffen werden, dessen Rechtskonformität Foodwatch auch gleich noch juristisch hat überprüfen lassen. Eine bestechende Handlungsoption für den Verbraucher mit dem Wunsch, verantwortungsbewusst Eier einzukaufen, fehlt aber: direkte Handelsbeziehungen zu Erzeugern aufzubauen, bei denen für den Verbraucher sichtbar wird, wie die Hühner gehalten werden, deren Eier man verzehrt. Stallsystem der Wahl ist in puncto Tierverhalten und Gesundheit sowie in Bezug auf die Herdengröße und meist auch in Bezug auf die Betriebsstruktur der Mobilstall, oftmals von direktvermarktenden, ökologisch wie auch konventionell wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben ziemlich offensichtlich auf die grüne Wiese am Hof gestellt. cs



Ein Bäuerin aus Schleswig-Holstein erzählt

## Pfingstwunder

Da knie ich vor dem Kuhstall  
mit angehaltenem Atem,  
mit angehefteten Blicken  
vor einer ganzen Kuh.

Mit Händen überall:  
in den Taschen,  
vor dem Mund,  
am Herzen,  
aneinander,  
im Gebet,  
hinter dem Rücken,  
auf dem Kopf,  
an den Füßen,  
am Ohr.

Mit Kräften und mit Lauten  
wirft sie den Kopf hinüber,  
über den bebenden Leib  
der ganzen Geburt.

Mit Leben überall:  
in den Augen,  
an den Hufen,  
am Euter,  
im Schwanz,  
in den Wehen,  
geduldig  
im Herzen,  
den Rücken entlang,  
an den Hörnern.

Da drängen schon die Hufe  
mit Kommen und mit Werden,  
mit Kopf und Fell und Schwanz  
und Blick – ein ganzes Kalb.

*Gerhild Peters,  
zu Gast im Stall, erlebte die Geburt des Bullen Meije durch  
die Mutter Merle, Schwarzbuntes Niederungsriind.*

# Dürre in Kalifornien

Haben die Bauern im Obst- und Gemüsegarten der USA noch eine Chance?

Hollywoods Filmindustrie und Technologiefirmen in der als „Silicon Valley“ bekannten Region südlich von San Francisco sind weltweit bekannt. Doch Kalifornien ist auch einer der wichtigsten Agrarstaaten der USA: Laut US-Landwirtschaftsministerium produziert der Staat mehr als 400 landwirtschaftliche Produkte; die Hälfte des Gemüses, des Obsts und der Nüsse, die in den USA erzeugt werden, stammt aus Kalifornien. Gut 700 km lang und zwischen 60 und 100 km breit verläuft das Central Valley in Nord-Süd-Richtung, im Westen begrenzt von der Bergkette der Sierra Nevada, im Osten liegen die Berge der Coastal Range zwischen dem topfebenen Tal und der Pazifikküste. Hervorragende Böden, 300 Sonnentage pro Jahr, milde Winter, hier wächst alles – wenn es genug Wasser gibt. 99 % aller in den USA verzehrten Artischocken, 99 % aller Walnüsse, 97 % der Kiwis, 95 % des Selleries, 89 % des Spinats. 70 % der Welt-Mandelproduktion werden im Central Valley geerntet (Deutschland ist der größte Exportmarkt) und Milchbetriebe mit tausenden von Kühen (etwa 1,8 Millionen waren es bei der letzten Zählung) machen Kalifornien zum Staat mit der höchsten Milchproduktion in den USA. Mehr als ein Drittel geht in den Export, vor allem nach China.

## Wassernotstand und Hedgefonds

Der Interstate Highway 5 ist die Verkehrsader, die das Central Valley von Nord nach Süd durchzieht. Rechts und links dieser vielspurigen Autobahn erstrecken sich riesige Felder mit Monokulturen. Der Sommer 2015 ist für Kalifornien das vierte Dürrejahr in Folge, schätzungsweise 23.000 ha liegen brach, weil es kein Wasser gibt und Regen ist nicht in Sicht. Die Folgen der Dürre sind deutlich sichtbar: Brach liegende Flächen, über denen sich „dust devils“ bilden, kleine Windhosen aus Staub, die sich im Zickzackkurs fortbewegen, bis sie in sich zusammensacken, ausgetrocknete Bewässerungskanäle, tausende Obstbäume, die Bauern herausgerissen haben. Dazwischen saftig grüne Oasen: Unter der Dauerberieselung fahrbarer Beregnungsanlagen wachsen Salat, Spinat und Brokkoli und in akkuraten Reihen stehen frisch gesetzte Pistazien-, Mandel- und Cashewbäume. Hedgefonds haben die Landwirtschaft in Kalifornien als Investimentooption entdeckt, die hohe Profite verspricht: Die Nachfrage nach Obst, Gemüse und vor allem Nüssen aus Kalifornien ist ungebrochen. Je knapper das Wasser ist, desto größer werden die Profite derjenigen, die noch produzieren können. Und die höchsten Gewinne lassen sich mit einem der durstigsten aller Produkte machen: Mandeln. Eine US-Gallone Wasser, ca. 3,75 Liter, braucht ein Baum, um eine einzige Mandel zu produzieren. Nach Angaben des US-Agrarjournalisten Tom Philpott wuchs die Anbaufläche für Mandeln zwischen 2007 und 2013 um 20 % auf 380.000 ha und dank des Geldes der Investoren geht die Expansion weiter.

Nur in den Wintermonaten, etwa von November bis März, bringen vom Pazifik heranziehende Wettersysteme Regen meist entlang der Küste. Der größte Teil der Wasservorräte in Kalifornien speist sich aus dem Schnee, der im Winter in den Bergen der Sierra Nevada fällt und mit der Schneeschmelze

über Flüsse und ein verzweigtes Kanalsystem verteilt wird. Im April dieses Jahres ergaben die Messungen, dass nur etwa fünf Prozent der sonst üblichen Schneemenge gefallen waren. Die zweite Wasserquelle für Kalifornien ist der Colorado, der in den Rocky Mountains entspringt und inzwischen die Küste im Golf von Kalifornien nicht mehr erreicht: Sein hinter riesigen Dämmen aufgestautes Wasser wird für die Landwirtschaft und die Trinkwasserversorgung im gesamten Südwesten der USA genutzt, ein Drittel der Gesamtwassermenge steht Kalifornien zu. Im Juni hat Jerry Brown, der Gouverneur Kaliforniens, das Wassersparen gesetzlich angeordnet. Doch kürzer zu duschen und den Rasen im Vorgarten durch Kakteen zu ersetzen nützt nicht viel. Privathaushalte und Industrie verbrauchen lediglich 14 % allen Wassers, 32 % werden gebraucht, um Flusssysteme und Feuchtgebiete vor dem Austrocknen zu bewahren – das ist wichtig um das Vordringen von Salzwasser aus dem Pazifik zu verhindern. Den größten Anteil, 54 %, verbraucht die Landwirtschaft. Den Verbrauch von Oberflächenwasser in Flüssen und Kanälen kann die Regierung untersagen oder in der Regel zumindest einschränken, wie viel Wasser über privat gebohrte Brunnen aus Grundwasser führenden Schichten entnommen wird, kann meist noch nicht einmal erfasst werden.

„Drill, baby, drill“  
Das Motto von Sarah Palin im Präsidentschaftswahlkampf 2008 bezog sich auf Öl, in Kalifornien gilt es seit Beginn der Dürre für Wasser. Landbe-

sitzern im Westen der USA gehört nicht nur der Boden, sondern auch das Wasser, das sie über die Bohrung aus tief liegenden Schichten erschließen können. Jahrzehntlang stieß man spätestens bei einer Bohrtiefe von 70 Metern auf Wasser, im vierten Dürrejahr wird bis auf eine Tiefe von 700 Metern gebohrt. Die Bohrfirmen, die oft ein Jahr im Voraus ausgebucht sind, haben sich Spezialausrüstungen aus der Ölbohr- und Frackingindustrie zugelegt. Angesichts der Profite, die man mit Mandeln, Walnüssen, Pistazien und Cashews machen kann, lohnt sich die Investition: In einer Radio-Sendung gingen Experten von einem Profit von 25.000 \$ (ca. 22.500 Euro) pro Hektar aus. Kein Wunder also, dass Investoren und Hedgefonds Schlange stehen. Die Tiefenbohrungen sind legal, obwohl sie fatale Folgen für die Nachbarn haben können: Der Grundwasserspiegel fällt derzeit bis zu drei Meter pro Woche. Mehrere Orte im Central Valley haben inzwischen keine Wasserversorgung mehr, alle existierenden Brunnen sind versiegt, die Bewohner sind auf Trinkwasserspender angewiesen.

## Landwirtschaft mit Zukunft?

Die Grundwasservorräte sind nicht nur teuer zu erschließen – in ersten Berichten ist davon die Rede, dass das geförderte Wasser teilweise so salzhaltig ist, dass es die Bäume schädigt. Nur Rekordniederschläge könnten die Wasserreservoirs auffüllen, doch bis der Grundwasserspiegel wieder ansteigt, würden selbst nach dem Ende der Dürre Jahrzehnte vergehen. Im Mittleren Westen der USA bieten mehrere Staaten Unterstützung für kalifornische Milchbetriebe an, die bereit sind, nach Nebraska, Iowa oder Kansas umzuziehen. Gemüse und Salatbetriebe schauten in den vergangenen Jahren verstärkt in Richtung der nördlichen Nachbarstaaten Oregon und Washington, die bislang dank großer Niederschlagsmengen ideale Anbaugelände waren. Doch 2015 fiel auch hier kaum Schnee. Agrarexperten wie Chuck Benbrook, Professor an der Washington State University, sehen in dieser Situation allein im Bioanbau, mit seinen gut gemanagten, fruchtbaren Böden einen Puffer gegen Extreme wie anhaltende Dürre.

Marianne Landzettel,  
freie Journalistin



Kein Schnee im Winter noch Regen im Frühjahr wässern die staubtrockenen Böden in Kalifornien

Foto: Kunz



# Filmfest im Kuhstall am 9.-10. Oktober Schloss Tonndorf

Filmfestivals und Filmfeste gibt es fland auf und landein, meint man. Doch das stimmt nicht. Nicht das Land, sondern die Stadt ist Spielort, Treffpunkt und meist auch Ideenengeber für Filmschaffende. Eine Plattform auf dem Land, die Themen fokussiert,

die mit Landwirtschaft und Landleben im engen oder im weiteren Sinn zu tun haben, gibt es nicht“, so steht es im Vorwort zum 2. Thüringer Landfilmfest was am 9. und 10. Oktober im Schloss Tonndorf im Weimarer Land stattfindet. Noch bis 30. Sept. können

Filme rund um bäuerliches Leben und Wirtschaften unter dem Thema „Bauer zeugt Leben“ für den Wettbewerb um die Trophäe einer Filzkuh eingereicht werden. Gezeigt werden die Filme im Kuhstall in Anwesenheit der Kühe. Dies Ambiente hinterließ schon im letz-

ten Jahr bei allen Beteiligten, seien sie nun Filmemacher, Landwirte, Imker, Journalisten oder Besucher, bleibende Eindrücke.

Veranstalter ist der Schloss Tonndorf e.V., Schloss156, 990438 Tonndorf, M.Grolm@gmx.de



## Landgrabbing im Kino

Es ist das internationale Jahr des Bodens der Vereinten Nationen, und nie war Boden, Ackerland begehrter als heute. Seit 2008 die Finanzmärkte ins Wanken gerieten, gilt Boden als die sichere Geldanlage. Überall auf der Welt steigen außerlandwirtschaftliche Investoren in die Landwirtschaft ein, verschaffen sich zum Teil mit zweifelhaften Methoden Zugriff auf Land, vertreiben Kleinbauern und installieren eine industrialisierte Großflächenagrarwirtschaft. Im Dokumentarfilm „Landraub“, der ab sofort durch die deutschen Kinos tourt, kommen Investoren ebenso zu Wort, wie Bauern und Bäu-

erinnen, die oftmals gegen das große Geld keine Chance haben.

### Kinotour Landraub

Vorpremieren:

21.09. Berlin, 19.30 Uhr, FAF

22.09. Hannover 20.30 Uhr, Raschplatz

25.09. Aachen, 20.15 Uhr, Apollo

29.09. Hamburg, 20.00 Uhr, Abaton

30.09. Stuttgart, 19.30 Uhr, Delphi

1.10. Aschaffenburg, 19.00 Uhr, Casino

Kinostart: 08.10.2015

<http://www.landraub.com>

## Murks? Nein Danke!

Murks ist, wenn in Waschmaschinen oder Küchengeräten Teile und Material verbaut werden, die für den Dauereinsatz nicht geeignet sind. Oder wenn der Drucker Seiten zählt und bei einer voreingestellten Zahl den Dienst einstellt. Der Autor Stefan Schridde hat sich über Jahre mit diesen und ähnlichen Alltagsphänomenen beschäftigt, Erfahrungsberichte zusammengetragen, bei Herstellern nachgefragt und eine internetbasierte Ver-

braucherschutzorganisation zum Austausch gegründet. Es geht um die geplante Obsoleszenz – die bewusst begrenzte Lebensdauer von Dingen als Teil der Produktionsstrategie. Neben der humorvoll verpackten scharfen Kritik an Hand von Fallbeispielen, die vielen bekannt vorkommen werden, enthält das Buch immer auch Hinweise auf Studien und Tests sowie praktische Tipps, worauf beim Kauf geachtet werden kann oder wo es Hilfe zur Selbst-

hilfe gibt. Außerdem lassen sich Hintergründe nachlesen, warum es so weit kommen konnte und welche Wege es in eine werdende Kreislaufwirtschaft geben kann. cs

Stefan Schridde, *Murks? Nein Danke! Was wir tun können, damit die Dinge besser werden.* oekom Verlag 2014, 256 Seiten, gebunden, 19,50 Euro, ISBN: 978-3-86581-671-9, zu beziehen über den ABL-Verlag.



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe □ 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 € □ 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 € weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

#### Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- .... 11,00 € - Bauernparty
- .... 11,00 € - Nützt ja nix
- .... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- .... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- .... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- .... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- .... 10,00 € - König Silo
- .... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- .... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- .... 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

#### Bodenpolitik in Ostdeutschland

- .... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- .... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

#### Aktuelle Broschüre

- .... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

#### Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein ABL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
- ....je zzgl 5,50 € € Versand

#### Junge Landwirtschaft:

- .... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- .... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffrefreigabe 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2015:

[www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen](http://www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen).

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de),

Fax: 02381-492221 Anzeigenschluss für BS Oktober ist der 15. September 2015.

### Hof und Arbeit

• **Wohnung auf Bauernhof**, 73 qm, Küche, Bad, zwei Zimmer. Tierhaltung und Mitarbeit möglich. Mutterkuhbetrieb mit Metzgerei. Stadtrandlage Schotten, Hessen. ☎ 0604-4989411

• **Stellenangebot:** Landwirt/in (Geselle/Meister) in verantwortliche Position - Schwerpunkt Milchviehhaltung. Kontakt: Helchenhof GbR - Freiland Gemüse und Milchvieh (Bodensee) Benjamin Gosewinkel ☎ 017610615857

### Tiere

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

### Preiswert europaweite Transporte!

[www.spedition-klaus-rundt.de](http://www.spedition-klaus-rundt.de)  
[www.rundt-holz-pellets-briketts.de](http://www.rundt-holz-pellets-briketts.de)  
[Spedition@Klausrundt.de](mailto:Spedition@Klausrundt.de)  
☎ 04188/89 30-0

## Grundstücke für Windenergieanlagen gesucht!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

**wpd onshore GmbH & Co. KG**

Bremen, Bietigheim-Bissingen, Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl

T. 07142 / 77 81-0

[akquise@wpd.de](mailto:akquise@wpd.de) [www.wpd.de](http://www.wpd.de)



### Lehrfahrt ins Zillertal

11. bis 13. 09.2015

Der Verband der Landwirte im Nebenberuf - Bayern lädt ein zu einer mehrtägigen Lehrfahrt ins Zillertal.

Besichtigt werden

- das Landgut Zapfenhof und die dazugehörige Alm
- der Kiendlerhof Schörmis
- der Lengauhof Ginzling
- der Paulerhof- Hippach

Um eine baldige Anmeldung unter Tel. 08551 4724 oder Fax 08551 911464 oder: [info@nebenberwerbslandwirte-bayern.de](mailto:info@nebenberwerbslandwirte-bayern.de) wird gebeten. Es können auch Nichtmitglieder teilnehmen.

### Martin Morisse

Am 15. Juli verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit Martin Morisse. Er war einer der Begründer des damaligen BDM Nord und dann lange Jahre Mitglied des Bundesvorstands des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter. Martin hat den gesamten Verband mitgeprägt und war vor allem im Norden das Gesicht des BDM.

Bei unzähligen Aktionen, Demonstrationen und Diskussionen setzte sich Martin Morisse mit ganzer Kraft für die Existenz der Milchviehbetriebe ein. Dabei beeindruckte er durch seinen scharfen Verstand und seine Wortmächtigkeit. Obwohl er sich zur AbL hin stets klar abgrenzte, war er doch mit seiner Bodenständigkeit und seinem Kampfesmut das Urbild eines niedersächsischen Bauern. Er blieb auch in schwierigen Situationen, zum Beispiel nach dem Scheitern des Lieferstreiks, seinen Überzeugungen treu und hielt durch, als viele aufgaben. Spannend waren die Gegensätze, die er in seiner Person vereinigte: Einerseits dachte er oft weiter als andere, hatte manchmal den Kopf in den Wolken, andererseits blieb er immer mit beiden Beinen auf dem Boden, erkannte klar Möglichkeiten, aber auch Grenzen. Gespräche mit ihm waren manchmal fordernd, aber immer interessant und bereichernd. In den jetzt wieder anstehenden Auseinandersetzungen um die Milch wird Martin uns fehlen, nein, er fehlt uns jetzt schon! Auch in seinem Sinne werden wir diesen Kampf weiterführen.

Ottmar Illchmann,  
für den AbL-Bundesvorstand und die Geschäftsführung

## Veranstaltungen

### Milchbauernprotest EU

07.09.2015, Brüssel

Das EMB ruft die europäischen Milchzeuger zu einer Protestveranstaltung nach Brüssel.

[www.europeanmilkboard.org](http://www.europeanmilkboard.org)

### Ma(h)lZeit

11.-13.09.2015

Bundesweiter Aktionstag für gutes Essen - ohne TTIP, Tierfabriken und Gentechnik.

[www.meine-landwirtschaft.de/aktion](http://www.meine-landwirtschaft.de/aktion)

### TTIP und Landwirtschaft

09.09.2015, Haltern, 19.30 Uhr  
Diskussionsveranstaltung von Bündnis 90 / Die Grünen NRW zum Thema: „Auswirkungen von TTIP auf den Verbraucherschutz und auf die Landwirtschaft“ mit Bernd Schmitz, AbL NRW und Friedrich Steinmann, Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband.

Ort: Hotel Seehof, Hullerner Straße 102, 45721 Haltern am See

### Pfluglose Biolandwirtschaft

11.09.2015, Burgstemmen, 10 Uhr  
In der ökologischen Landwirtschaft wird das Thema pfluglose bzw. nichtwendende Bodenbearbeitung seit Jahren kontrovers diskutiert. Und wie sieht es in der Praxis aus? Mit dieser Tagung richten wir uns an alle Bäuerinnen und Bauern und andere Interessierte, die sich mit dem System der pfluglosen Bodenbearbeitung auseinandersetzen, sie selber praktizieren oder eine temporäre Bewirtschaftung in diesem System in Betracht ziehen.

Ort: Highland Camp, Berkel 1, 31171 Burgstemmen

### Lebensgrundlage Boden

Vortragsreihe um Themen wie Bodenbildung, Bodenfruchtbarkeit, um Böden in der Kultur und der Mythologie.

14.09.2015, Terra Preta  
21.09.2015, Bäuerliche Ökonomie und Kultur als alternative Vision  
28.09.2015, Gut leben-Buen vivir  
05.10.2015, Film: „Humus“  
Ort: Kulturkneipe, Hauptstraße 23, 32825 Blomberg, 19 Uhr

### Gegen Massentierhaltung

19.09.2015, 14 Uhr, Alt Tellin  
Protestkundgebung mit Errichtung des Protestkreuzes an der Ferkelfabrik.

[www.saustall-tellin.de](http://www.saustall-tellin.de)

### Bio- Süd/Bio-Nord

20.09.2015, Augsburg  
27.09.2015, Hannover  
Eintägige regionale Bio-Fachmessen.

[www.biosued.de](http://www.biosued.de), [www.bionord.de](http://www.bionord.de)

### Praktiker Workshop SoLaWi

23.09.2015, Kassel, 14 Uhr  
„Rechts- und Steuerfragen der solidarischen Landwirtschaft“ – Rahmenbedingungen, Gestaltungsmöglichkeiten, und Tipps.

Ort: Anthroposophisches Zentrum Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel, Workshopkosten: 95,- €, Anmeldung: bei Rechtsanwalt Thomas Rüter, email: [rueter@hohage-may.de](mailto:rueter@hohage-may.de), Tel.: 0511-898814-0

### Saatgutvermehrung

26.09.2015, Tharandt, 10-17 Uhr  
Dieser Workshop ist eine Einführung in die Saatguterzeugung und Standortanpassung. Themen sind: Theoretische und praktische Anleitung zur Vermehrung - Welche Besonderheiten haben die Pflanzenfamilien - Saatguternte, Saatgutreinigung und -lagerung - Möglichkeiten und Grenzen im Hausgarten.

Ort: Umweltbildungshaus Johannishöhe Tharandt, Tel. 035203 37181 E-Mail: [info@johannishoehe.de](mailto:info@johannishoehe.de), weitere Informationen: [www.johannishoehe.de](http://www.johannishoehe.de), Tel.: 035203-37181

### Betriebsleiterstelle für Landschaftspflegehof

Der Schäferhof Teerling sucht zum 01.10.2015 oder später eine/n Betriebsleiter/in für den Landschaftspflegebetrieb mit Stammzucht der Weißen hornlosen Heidschnucke (Moorschnucke) ca. 900 Muttertiere in Wagenfeld, Lkr. Diepholz. Der Betrieb wirtschaftet auf ca. 800 ha Naturschutzflächen (Moor- und Sandheide, Feuchtgrünland und Acker) nach Biolandrichtlinien.

### Ihre Aufgaben:

- Betriebswirtschaftliche Lenkung und Personalführung
  - Organisation der Stammzucht (600 Mutttern), der Schlachtung und Vermarktung.
  - Kompetenz und Bereitschaft,vertretungsweise zu hüten
- Wir erwarten:**
- Eine fundierte Ausbildung und Erfahrung in fachlicher, wie betriebswirtschaftlicher Ausbildung, ggf. Meister,
  - Berufserfahrung in der (Hüte)-Schafhaltung und der Landschaftspflege

### Wir bieten:

- Selbständiges verantwortliches Arbeiten und Entscheiden,
- vielfältige Kontakte in Arbeitszusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Naturschutz u. naturverträglichem Tourismus.
- Vollzeitstelle mit angemessener Vergütung.
- Einarbeitung und Unterstützung in verschiedene Anforderungsbereiche.
- Betriebswohnung kann zur Verfügung gestellt werden.

Bitte senden Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung an E-Mail: [jan-teerling-sulingen@t-online.de](mailto:jan-teerling-sulingen@t-online.de) oder per Post an Schäferhof Jan Teerling, Schmiedestraße 13, 27232 Sulingen. Telefonische Auskunft: 04271/951251

## TTIP & CETA STOPPEN! – Für einen gerechten Welthandel!

Bundesweiter TTIP-Aktionstag: 19. September 2015 und Bundesweite Großdemonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin



Alle Informationen zur Demo unter: [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

Wetterfeste Plakate 10 Stk. für 50,- €, zzgl. Porto können weiterhin in der AbL Geschäftsstelle bestellt werden. Bestellungen per Fax: 02381-492221, Tel.: 02381-492288 email: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)

LEGUMINOSEN AUSGESÄT, UND DANN...



Stellen Sie Ihre erwartete oder reale Erntemenge unverbindlich in die Warenbörse ein!

Wir unterstützen Sie bei der Vermarktung! Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:

[www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de](http://www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de)

☎  
05507  
9644640

Besitzpunkt wiederum Mitglied der Länder Niedersachsen gehört







**19. - 20. November 2015**

**Wintertagung der Jungen ABL in der evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald**



**20. - 22. November 2015**

**Tagung und Bundesmitgliederversammlung in der evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald**



**Annahmeschluss für Anträge zur Mitgliederversammlung ist der 20. Oktober 2015**

**Impressum** 

**Anschritt:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 Christine Weißenberg: 02381-492210  
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** Lensing Druck Gruppe, Harkortstraße 6, 48163 Münster

**AbL Bundeskontakte**

**Bundesgeschäftsstelle:** Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:** Julia Frenzel, Tel.: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:** Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:** Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken** Eckehard Niemann, Tel.: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:** Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:** Luiz Massucati, Tel.: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:** Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Eiweißfutter aus Niedersachsen** Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

**AbL Mitgliedsantrag**

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_  
 Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

**AbL Landeskontakte**

**Schleswig-Holstein**

**Ansprechpartner Sprecherrat**  
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredeburg.de

**Niedersachsen**

**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de  
**Weser-Ems:** Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

**Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg**

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Nordrhein-Westfalen**

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

**Hessen**

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de  
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

**Rheinland-Pfalz und Saarland**

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

**Baden-Württemberg**

**Geschäftsstelle Landesverband:** Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de  
**Oberschwaben:** Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

**Bayern**

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de  
**Allgäu:** Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480  
**Erding – Ebersberg,** Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

**Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt**

**Landesverband:** Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)  
**Sachsen Anhalt:** Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de  
**Thüringen:** Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;  
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;  
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_  
 BIC: \_\_\_\_\_  
 IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_





Kleensang



BDM



Jasper



Bents



Kleensang

## **unabhängige** Bauernstimme: in Bewegung

09/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221